

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

Der Funke erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.- Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreise Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 150 A

BERLIN • Mittwoch, den 29 Juni 1932

1 JAHRGANG

Begeistertes Echo der Einheits-Aktion.

Papen

wieder eindeutig deutschnational.

Papens Erklärung.

S. H. Am Montag in Lausanne ist das eingetreten, was nach den jüngsten Ereignissen PAPENS vertraulicher Mitteilung an die französische Presse und seinem Verhör im Berliner Kabinett nicht anders zu erwarten war.

Die gute Stimmung, mit der HERRIOT am Sonnabend Lausanne verließ, ist bei ihm einer starken Verstimmung gewichen. Er hatte mit Kompensationen, in welcher Form auch immer, gerechnet; er hatte erwartet, daß die Vertreter der deutschen Regierung Vorschläge darüber am Montag unterbreiten würden. Statt dessen kam der Reichskanzler zurück, darüber belehrt, unter welchen Umständen „alle nationalen Kräfte Deutschlands“ hinter ihm stehen. Sie stehen nur dann hinter ihm, wenn er in Lausanne keine Dialoge hält, sondern einen Monolog. Ebenso prompt wie das Dementi erfolgte, ebenso prompt erfolgte die Aenderung der Taktik in Lausanne. Unmißverständlich hat PAPEN am Montag nachmittag vor den aufhorchenden Franzosen erklärt: Die Reparationen müßten unter allen Umständen sämtlich fallen. Die deutsche Regierung würde keine Unterschrift unter ein Abkommen leisten, von dem sie jetzt schon überzeugt sei, es nicht halten zu können.

Das Echo in der Presse.

Die Wirkung ist klar. In Deutschland in der Rechtsprelle Befriedigung und Aufruf zum Vorwärtsdrängen auf diesem Weg. Mit dem Schlagwort: „Höhepunkt der Lausanner Krise“ steuert diese Rechtsprelle — unbeschwert von irgend einer Verantwortung — hochgemut in den Konflikt hinein. Die „Germania“ unterstreicht gleichfalls: in Deutschland herrsche „glücklicher Weise keine Meinungsverschiedenheit“ darüber, daß ein Zugeständnis nicht in Frage komme und daß der reparationspolitische Kampf bis zum Ende durchgekämpft werden müsse. Aber sie zeigt wenigstens noch das Maß an Besinnung, auch zur Gegenseite hinüberzuschauen — durch ihre Schlagzeile: „HERRIOT macht Vorbehalte.“ Die übrige bürgerliche Presse referiert mit Zurückhaltung denjenigen Ereignissen gegenüber, die zu dieser neuen Belastungsprobe geführt haben. Die „Rote Fahne“ ist am Dienstag morgen noch nicht darüber orientiert, daß PAPEN wieder „national“ denkt; sie stellt voller Triumph fest, daß die Rechtsregierung die Versklavung des werktätigen deutschen Volkes durch den Schandpakt von Versailles vollziehe.

Die französische Presse ist einmütig in der Ablehnung der jetzt in Lausanne so plötzlich wieder zum Durchbruch gekommenen brüskten Haltung Deutschlands. Das Wort „Abbruch“ taucht fast in allen Lausanner Korrespondenz-Berichten der großen französischen Blätter auf. Seit Sonnabend sei unbedingt ein merklicher Umschlag zu verzeichnen, der nicht nur auf den Aufenthalt PAPENS in Berlin zurückgeführt wird, sondern, wie die „Ere Nouvelle“, HERRIOTS Blatt, betont, auch auf die Vorstöße der italienischen Regierung, die planmäßig gegen eine deutsch-französische Verständigung arbeite.

Die Besprechungen am Montag.

Den ganzen Vormittag fanden ununterbrochen Teilbesprechungen zwischen den Finanzberatern der einzelnen Regierungsvorteiler statt, die alle unter dem Zeichen der auf den Nachmittag angesetzten großen Aussprache standen. PAPEN traf vormittags in Begleitung des Reichsernährungsministers BRAUN ein. HERRIOT war in den frühen Morgenstunden aus Paris zurückgekehrt. Nachmittags um 16.30 Uhr wurde die Sitzung eröffnet mit einem langen Bericht des deutschen Finanzministers SCHWERIN-KROSIGK. Er legte zunächst die Gründe für die Unmöglichkeit weiterer deutscher Zahlungen dar. Er sprach gegen die Besorgnis vor einer deutschen Konkurrenz im Falle der Streichung der Zahlungen und setzte sich dann für den Plan des gemeinsamen Wiederaufbaus der europäischen Wirtschaft ein. Seine Rede, deren Text der Öffentlichkeit bisher nicht vorliegt, wurde ins Französische übersetzt; der französische Finanzminister GERMAIN-MARTIN schrieb sorgfältig mit. Nach der Rede SCHWERINS nahm PAPEN das Wort, wobei er die bereits erwähnte Erklärung über den Standpunkt der deutschen Regierung abgab: das System der Reparationszahlungen müsse unter allen Umständen fallen.

Dann nahmen die französischen Minister kurz das Wort. Sie stellten fest, daß sie auf die eingehenden Ausführungen der deutschen Vertreter ausführlich antworten würden, aber erst am Mittwoch. HERRIOT erklärte nichts anderes, als daß er Vorbehalte zu dem deutschen Standpunkt mache.

Die Wirkung des Volksbegehrens.

Der Funke hat gezündet!

Wir erhielten folgenden Brief:

R., den 26. Juni 1932.

lieber funke,

dein aufruf vom volksbegehren der arbeiterschaft für die einheitsfront hat hier in meinem orte gezündet. bei der gestrigen sonnwendfeier stellte ich meine rede auf die notwendigkeit dieser einheitsbestrebungen ein und forderte zum schluß zur einzeichnung in die bereitgehaltenen listen auf. diesem rufo wurde mit großer begeisterung folge geleistet. männer und frauen zeichneten sich gleich beim flammenschein des holzstoßes in die listen ein, die ich oben nach berlin abgeschickt habe.

wenn aus jedem kleinen orte wie hier sich ohne viel vorbereitung über 100 arbeiter von etwa 1000 einwohnern bedingungslos für diese notwendige einigung einsetzen, so müßte man doch meinen, daß die berufenen stellen ihr ohr der guten sache nicht verschließen werden.

im übrigen danken wir euch für eure gute arbeit, die ihr in dieser richtung geleistet habt.

mit freiem gruß

O. Th.

Mit großer Freude ...

M., don ... Juni 1932.

Werte Genossen! Mit großer Freude habe ich aus Eurer Zeitung entnommen, daß Ihr Euch nach Kräften bemüht, zu den bevorstehenden Wahlkämpfen eine einige Arbeiterklasse zu schaffen. Als jahrelanges Mitglied der SP begrüße ich Euer Vorhaben auf das Wärmste und werde auch mich dafür einsetzen, mitzuhelfen, die wirkliche Einheitsfront des Proletariats herzustellen. Aus der SP bin ich inzwischen insbesondere der letzten Vorkommnisse wegen ausgeschieden.

Ich bitte Euch, mir eine oder mehrere Einzeichnungslisten für das Volksbegehren der Arbeiterschaft zu übersenden, da noch eine ganze Reihe von Kollegen sich mir anschließen wollen. ...

Fr. W.

NB. Es können sich doch alle Arbeiter einzeichnen, oder nur die parteimäßig gebundenen?

Gleiches Recht für alle!

Um die Benutzung des Rundfunks.

Der Vorstand der „Deutschen Liga für Menschenrechte“ hat an den Reichsinnenminister ein Schreiben gerichtet, in welchem er die Freigabe des Rundfunks an die politischen Parteien behandelt und feststellt, daß allein die Kommunistische Partei ausgeschlossen worden ist. Das Schreiben fährt fort:

„Vor der Reichstagswahl vom Mai 1924 waren mehrere Parteien in Deutschland verboten. Trotzdem hat damals die Reichsregierung die Wahlpropaganda auch für die verbotenen Parteien freigegeben. In einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten hat der Reichskanzler Dr. MARX am 2. Januar 1924 den Standpunkt der Reichsregierung wie folgt festgelegt:

„Das nach einer Entscheidung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik grundsätzlich zulässige Verbot politischer Parteien hat nach Auffassung der Reichsregierung immer nur als Verbot von Vereinen oder Vereinigungen Inhalt und Bedeutung. Es untersagt lediglich die äußere Betreibung des organisierten Zusammenschlusses derjenigen, die verbotenen Parteien angehören, hindert dagegen nicht, der politischen Gesinnung durch Wahl bestimmter Bewerber für parlamentarische Körperschaften Ausdruck zu geben.“

Der Artikel 125 der Reichsverfassung gewährleistet Wahlfreiheit und Wahlheimlichkeit nach den näheren Bestimmungen der einzelnen Wahlgesetze. Dieses Grundrecht der Reichsverfassung kann auch durch eine Maßnahme auf Grund des Ar-

AUS DEM INHALT:

Zuchthaus für die Sklareks.

Hindenburg — SA — Bayern.

Der Kampf der englischen Baumwollarbeiter.

Konjunkturpazifisten.

Amerika von drei Seiten.

Einheitsfrontbestrebungen überall!

Handelspolitiker am Pranger.

Selbstverständlich können und sollen sich alle Arbeiter einzeichnen.

Wir haben natürlich nicht alle Stimmen abgedruckt, die sich zu dem Volksbegehren der Arbeiterschaft begeistert geäußert haben. Wenn wir das hätten tun wollen, dann hätten wir dafür eine besondere Zeitung drucken lassen können. Wir haben auch, und zwar aus naheliegenden Gründen, bisher nicht die Gegner dieses Volksbegehrens hier öffentlich angeprangert, wie sie das eigentlich verdient hätten. Wir haben das nur aus Gründen der Förderung der Einheitsfront unterlassen. Aber wir freuen uns, daß wir feststellen können: Nicht ein einziger Arbeiter hat uns geschrieben, daß er diese Aktion mißbilligt — Pessimisten gab es natürlich auch dort.

Aber verleumdet, beschmutzt und totgeschwiegen haben es gerade die, die es hätten fördern sollen und auch können: Die Presse der Arbeiterschaft und ihre „geistigen“ Führer.

Wir werden über dieses traurige Kapitel noch zu reden haben. Daß dies nicht unserem Vorschlag widerspricht, das gegenseitige Beschimpfen sein zu lassen, ist klar. Unsere Beanstandungen sind sachlich und beziehen sich gerade auf solche Dinge, die dem Zustandekommen der Einheitsfront in den Weg treten. Diese nicht zu erörtern, hieße: die Einheitsfront selber zu sabotieren.

Artikel 48 der Reichsverfassung nicht außer Kraft gesetzt werden. Aus dem Grundsatz der Wahlfreiheit ergibt sich, daß das Verbot einer Organisation nicht die Wirkung haben kann, wahlberechtigte Personen, welche die von der Organisation vertretene politische Anschauung teilen, in der Ausübung ihres Wahlrechtes oder an der Vorbereitung der Wahl zu hindern.“

Diese Rechtsauffassung des Reichskanzlers Dr. MARX ist unanfechtbar. Danach dürfen wahlberechtigte Personen an der Vorbereitung der Wahl in keiner Weise behindert werden. Ihr Recht darauf ist unabhängig von dem Inhalt des Programms, das sie vertreten. Eine solche Behinderung aber liegt in der Ausschließung der Kommunistischen Partei von der Benutzung des Rundfunks, also eines Propagandamittels, das allen anderen Parteien zur Verfügung steht.

Die Ausschließung, die Sie angeordnet haben, ist verfassungswidrig. Wir fordern, daß die verletzte Rechtsgleichheit wieder hergestellt wird.“

Dieser Appell an die Reichsregierung ist sicher gut begründet.

Nachdruck verleiht ihm aber erst ein Boykott der Arbeiter-Rundfunkhörer, der das Postministerium auf den Plan rufen würde, weil es monatlich einige Hunderttausend Mark dafür bezahlen müßte,

die es heute von Arbeitern einnimmt, für den nationalistischen und anderen Kram, der in der Regel im Rundfunk geboten wird.

Der Ausweg.

Die Lage in Lausanne ist außerordentlich kritisch. Der Standpunkt der „Times“, wie der einer Reihe anderer englischer Blätter geht dahin, daß das Zugeständnis Deutschlands zu einer Abschlagszahlung, die erst nach einer Wiederherholung der deutschen Wirtschaft fällig sein solle, die Konferenz zu einem ruhigen und sicheren Ergebnis führen würde.

Am Abend hat MACDONALD zuerst eine Unterredung mit HERRIOT gehabt, dann eine mit PAPEN. Ueber den Inhalt dieser Aussprache liegen nur Vermutungen vor, die dahin gehen, daß MACDONALD seine Vermittlerrolle wiederaufnehmen wird, um den Abbruch der Konferenz zu verhindern.

Das amtliche Kommuniqué über den Verlauf der Montags-Sitzung enthält nichts Nennenswertes.

Wir haben im „Funken“ stets den Standpunkt vertreten, daß der Versailler Vertrag als die Ablösung der totalen Anarchie des Weltkrieges einen wenn auch völlig unzureichenden Schritt zur Befriedung der bis dahin einander todschlagenden Völker darstellt. Alle solchen „Friedensschlüsse“ beruhen auf Gewalt, da sie das Ergebnis eines gerade zu diesem Zweck eingeleiteten Gewaltaktes sind. Wer daher Kriege anerkennt als Mittel der Austragung der Konflikte zwischen Völkern, erkennt Gewaltfrieden an, es sei denn, er unterschreibt ihn nur mit dem inneren Vorbehalt, ihn durch den Gewaltakt eines neuen Krieges zu ersetzen. Dieser offene Raubtierstandpunkt, der in Friedensschlüssen nur eine Atempause für den erschöpften Besiegten sieht, ist bisher selbst von imperialistischen Staaten nicht offiziell anerkannt worden. Solange also die Form solcher Verträge durch die Unterschriften der Regierungen beglaubigt wird, kann es sich nur darum handeln,

auf dem Wege neuer, der Verständigung dienenden Aussprachen die unhaltbaren Teile eines solchen Vertrages durch zweckmäßige und der wirklichen Befriedigung dienende Vereinbarungen zu ersetzen.

Die Unmöglichkeit von Reparationszahlungen in der bisherigen Art ist praktisch von allen Regierungen zugegeben worden. Es handelt sich, wie dies zum Ueberdruß jeden Tag verkündet wird, im Grunde um die psychologische Kunst, bei beiden Partnern das Verständnis für den Rechtsanspruch des anderen zu wecken, ohne daß in dieser wechselseitigen Anerkennung der Rechte eine Demütigung erblickt wird. Der Vorschlag der „Times“ scheint uns einen gangbaren Weg anzugeben, der durch die Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz seine notwendige Ergänzung erfahren mußte. PAPENS plötzliche neuerliche Verhärtung, die er als Chef der „nationalen“ Regierung Deutschlands jetzt am Montag zum Ausdruck brachte, haben den Weg der Verständigung von neuem erheblich verschüttet. — Der „Angriff“ und die anderen Blätter der „nationalen“ Rechte können zufrieden sein.

Vier Jahre Zuchthaus für die Brüder Sklarek.

Am Dienstag, am 124. Verhandlungstag im SKLAREK-Prozeß, wurde das Urteil verlesen. Die Brüder LEO und WILLI SKLAREK erhielten wegen Betrugs, zum Teil in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung je 4 Jahre Zuchthaus. Von der Anklage des Konkursverbrechens und der Anstiftung zu schwerer Untreue wurden sie freigesprochen. Die übrigen Angeklagten wurden wegen Bestechung und Untreue zu Gefängnisstrafen von 3 Monaten bis zu 1 1/2 Jahren verurteilt.

Rumänien unter Finanzkontrolle.

Am Sonntag traf in Bukarest der Nachfolger des französischen Finanzberaters RIST, der Franzose AUBOIN, ein, um einen neuen Bericht über die Finanzlage in Rumänien anzufertigen. Dieser Bericht soll dann, nach Prüfung durch einen Völkerbunds-Kontrollausschuß, die Grundlage für Anleiheverhandlungen abgeben. AUBOIN kündigte an, daß die Verwendung dieser noch in weiter Ferne liegenden Anleihe ihrerseits durch einen Kontrollausschuß überwacht werden solle. Die Lockerung der Abhängigkeit Rumäniens von dem Geldgeber Frankreich, die sich nach den französischen Wahlen bemerkbar machte, scheint vollständig überwunden zu sein.

h Berlin, 27. Juni.

Der Reichsinnenminister empfing am Montag nachmittag mehrere Länderbevollmächtigte zum Reichsrat sowie Vertreter der preussischen Provinzen im Reichsrat zu einer Besprechung. Gegenstand der Besprechung war die ergänzende Notverordnung, die voraussichtlich erst am Mittwoch veröffentlicht werden wird.

h Berlin, 28. Juni.

Der Reichsinnenminister VON GAYL wurde heute vom Reichspräsidenten empfangen. Gegenstand ihrer Besprechung war die innenpolitische Lage.

Hindenburgs Erwartung — Braune Morde — Ruhe in Bayern.

Der Vorstand der SPD hat an HINDENBURG einen Brief geschrieben, in dem auf den NS-Ueberfall auf das „Vorwärts“-Gebäude und auf die vorausgegangene Mordhetze des „Angriff“ hingewiesen und HINDENBURG an seine Versicherung bei Aufhebung des SA-Verbots erinnert wird.

Es ist im Interesse der Klarstellung der Situation immerhin gut, daß dem alten Herrn die öffentliche Erinnerung an sein Versprechen von damals nicht erspart wird, wenn auch von dieser Festnagelung nicht der Erfolg zu erwarten ist, daß HINDENBURG sich aus der festen Umklammerung durch seine Klasse löst.

Das Versprechen HINDENBURGS ist in dem Brief an GAYL enthalten, mit dem damals der Erlaß der Notverordnung über die Wiederzulassung der SA begleitet wurde. Es lautet:

„Ich habe die mir von der Reichsregierung vorgeschlagenen weitgehenden Milderungen der bisherigen Vorschriften in dem Vertrauen darauf vorgenommen, daß der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen wird, und daß Gewalttätigkeiten unterbleiben. Sollte sich diese Erwartung nicht erfüllen, so bin ich entschlossen, mit allem mir verfassungsmäßig zustehenden Mitteln gegen Ausschreitungen jeder Art vorzugehen.“

Zur Frage, ob sich HINDENBURGS Erwartung erfüllt hat oder nicht, veröffentlicht der „Montag Morgen“ folgende

Feststellung über die Opfer einer Woche.

Am 16. Juni Aufhebung des SA-Verbots.

Daraufhin am 17. Juni:

In Hamburg: 2 Tote, 5 Schwerverletzte, 11 Leichtverletzte, 14 Verhaftungen; in Leipzig: 6 Verletzte; in Essen: 2 Verletzte; in Frankfurt a. M.-Geinsheim: 2 Verletzte; in Berlin, Goethestraße: 4 Verletzte.

Am 18. begannen infolge des provokatorischen Auftretens der SA-Leute in den neuen Uniformen, vor allem im Rheinland, zahlreiche Zusammenstöße und Unruhen: in Köln: 2 Schwerverletzte, 16 Verhaftungen; in Aachen: 4 Verletzte; in München: 500 Verhaftungen (kein Verletzter!); in Stettin: 6 Verletzte; in Berlin: 3 Verletzte.

Am 19. steigerten sich die Unruhen im Rheinland: in Hamm-Haspe: 50 Verletzte; in Wuppertal: 1 Toter, 19 Verletzte; in Aachen: 1 Toter, 1 Schwerverletzter; in Chemnitz: 1 Schwerverletzter.

Am 20. gab es folgende Verlustliste: in Köln: 3 Verletzte; in Berlin-Neukölln: 2 Verletzte.

Am 21. stieg die Verlustliste noch höher: in Osnabrück: 3 Verletzte; in Siegen im Kampf um das SA-Heim: 3 Schwerverletzte, 2 Leichtverletzte; in Sangerhausen: 4 Schwerverletzte; in Wandsbek: 6 Schwerverletzte; in Braunschweig: 1 Toter, 1 Verletzter; in Sachsen und Anhalt: 1 Toter, 10 Verletzte; in Oldenburg: 1 Toter, 10 Verletzte; in Berlin-Moabit und -Kreuzberg: 1 Toter, 5 Schwerverletzte; in Hamburg: 1 Schwerverletzter, 6 Leichtverletzte.

Am 22. Juni neue Straßenkämpfe mit Uniformierten: in Berlin: 2 Verletzte; in Lichtenberg: 1 Schwerverletzter; im Westen Berlin: 3 Verletzte; in Stettin: 3 Schwerverletzte; in Solingen: 3 Verletzte; in Kiel: 10 Verletzte; in Essen: 1 Toter; in Breslau: 4 Schwerverletzte, 7 Verletzte; in Altona: 3 Schwerverletzte.

Am 23. kleine Straßenschlachten: in Dortmund: 1 Toter, 5 Verletzte; in Hamburg: 1 Toter, 1 Schwerverletzter; in Staßfurt: 1 Toter, 8 Verletzte.

Am 24. wurden vorläufig gezählt: in Berlin: 6 Verletzte. Die Bilanz der ersten Woche des aufgehobenen SA-Uniformverbotes beträgt: 12 Tote, 33 Schwerverletzte und weit über 1000 Verhaftungen. Nur in einem Lande hat es keinen Toten gegeben, keinen Verletzten: in Bayern.

Dem bayerischen Ministerpräsidenten HELD hat HINDENBURG geantwortet, will aber die Antwort nicht veröffentlichen.

Auch die Ankündigung über den Inhalt der neuen, vielleicht schon für Dienstag zu erwartenden Notverordnung gibt noch keinen Aufschluß über die Entscheidung des Reichs, sondern läßt die Möglichkeit offen, daß das bayerische Uniformverbot als Ausnahmebestimmung zugelassen bleibt. Die Notverordnung wird die Bestimmung enthalten, daß die Uniform- und Demonstrationsverbote im ganzen Reiche auf-

gehoben werden. In der Notverordnung werden jedoch die Wünsche der Länder insofern berücksichtigt werden, als die Länderpolizeibehörden ermächtigt werden, örtlich und unter besonderen Bedingungen Ausnahmegestimmungen zu erlassen. Ferner wird eine Ausführungsverordnung zum § 4 der Notverordnung vom 14. Juni ergehen, durch die eine Anmeldepflicht für Demonstrationen eingeführt wird, um zu verhindern, daß gleichzeitig und an derselben Stelle Kundgebungen feindlicher Parteien erfolgen können.

CRISPIEN, DITTMANN, STAMPFER und VOGEL vom Parteivorstand der SPD haben am Montag Herrn VON GAYL „zwei umfangreiche Mappen“ mit Material über den NS-Terror überreicht. Auf die Frage, ob nach VON GAYLS Ansicht der Zeitpunkt noch nicht gekommen sei, an dem HINDENBURG, seiner Zusicherung entsprechend, „mit allen verfassungsmäßigen Mitteln“ gegen die Ausschreitungen der NS vorgehen werde, erwiderte Herr VON GAYL, daß dies noch nicht der Fall sei.

Damit führte die Unterredung zu dem Ergebnis, das man erwarten konnte.

Mit Klassenkampf haben derartige Unterhaltungen nichts zu tun. Wenn sich Vertreter einer Arbeiterpartei heute überhaupt noch auf eine Unterhaltung mit einer Regierung einlassen, die unbestreitbar durch ihre SA-Notverordnung dem nationalsozialistischen Terror einen starken Auftrieb gegeben hat, dann sollte solche Unterredung schnellend scharf sein, zu einer deutlichen Kennzeichnung der Rolle dieser Regierung führen, selbst um den Preis des offenen Krauchs und der Ausweisung der Interpellanten aus dem Ministerium. Eine solche Sprache, geführt an einer Stelle, die ihr öffentlichen Nachdruck verleiht, könnte die Arbeiterschaft in ihrer Kampfbereitschaft ermutigen.

Die entgegengesetzte Wirkung jedoch haben Unterhaltungen wie die vom Montag, bei der man zum Schluß nur feststellt, daß die Regierung Folgen heraufbeschwört, „für die niemand die Verantwortung übernehmen könne“.

Warnung an Herrn von Gayl.

Hk. Auf Anrohung des stellvertretenden preussischen Ministerpräsidenten HIRTSIEFER hat am Montag eine Besprechung der Innenminister der meisten noch nicht nationalisierten Länder bei HIRTSIEFER stattgefunden. Hierüber teilt der Amtliche Preussische Pressedienst mit:

„Die größte Anzahl der leitenden Länderminister ist heute, der 27. Juni, auf Einladung Preußens in Berlin zusammengetreten, um politische Fragen von besonderer Bedeutung zu erörtern. Die Konferenz ergab eine erfreuliche volle Übereinstimmung der Erschienenen. Weitere Sitzungen gleicher Art sind von Fall zu Fall je nach Bedarf in Aussicht genommen.“

Es handelt sich bei den „Fragen von besonderer Bedeutung“ um den Wunsch Herrn VON GAYLS, den süddeutschen Ländern gegenüber die Zulassung der braunen Hemden auf der Straße durch Reichsnotverordnung durchzusetzen. Mit HIRTSIEFERS Demonstration tritt Preußen endlich aus seiner Reserve heraus. Wir erinnern daran, daß am Sonnabend SEVERING bei Herrn VON GAYL „unklare Erklärungen“ abgegeben und „dringend davor gewarnt“ hat, „ohne durchschlagende rechtliche Gründe die Reichsaufsicht oder gar die Einsetzung eines Reichskommissars einem Lande oder mehreren Ländern gegenüber in Anwendung zu bringen“. Möglich, daß HIRTSIEFER sich zu diesem Schritt entschloß auf Grund der Befürchtungen, die er nach SEVERINGS Bericht über dessen Aussprache mit Herrn VON GAYL hegen mußte.

Jedenfalls ist Herr VON GAYL gewarnt, daß er sich vor Erlaß der neuen Notverordnung überlegen möge, ob er es auf eine einheitliche Protestfront der wichtigsten Länderregierungen ankommen lassen will. Diese Warnung zu erlassen, war wohl in erster Linie der Sinn der Zusammenkunft bei HIRTSIEFER.

Das Bild der Passivität, das BRAUN und SEVERING im entscheidenden Stadium des von ihnen früher viel betonten „Kampfes um Preußen“ bieten, wird durch den Umstand bestätigt, daß nicht von ihnen die Initiative zu Preußens Heraustreten aus der Reserve ausging.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

16)

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1933

„Der Herr Staatssekretär hat aus dem Hause gehen müssen. Er hat hinterlassen, daß er bis 12 Uhr zurück sein wird.“

„Puls sechzig, das Fieber ist etwas gestiegen. Hoheit brauchen unbedingt Ruhe. Wir werden ein Schlafmittel nehmen müssen.“

„Ich müßte Doktor Solf noch sprechen!“

„Bei der geschwächten Konstitution Eurer Durchlaucht! Verzeihung — aber Hoheit brauchen unbedingt eine Nacht ununterbrochenen Schlaf.“

„Also gut, dann bitte etwas Stärkeres. Ich habe vorher schon was genommen!“

Der Arzt gibt ihm ein Mittel — eine dreimal so starke Dosis wie gewöhnlich.

Der Prinz schreibt noch einen Zettel aus:

„Für den Staatssekretär Doktor Solf! Und morgen muß ich um acht Uhr geweckt werden!“

Einmal richtet er sich noch auf:

„Was ist das für ein Lärm, ist das nicht eine Demonstration?“

„Nein, Hoheit — das ist nur der Wind draußen in den Bäumen.“

Der Prinz schließt die Augen gleich wieder. Das Schlafmittel beginnt zu wirken. Das Brausen in seinem Kopf wird zu einer dunklen, bewegten Masse. Er fühlt es über sich hingehen. Zuerst sind es die Stiefel einer marschierenden Armee, dann sind es die Hufe einer vor rasendem Durst dahinfliehenden Viehherde. Es legt sich auf ihn, und es ist eine überlebensgroße Kuh, die auf die Knie niedergeht und ihn langsam erdrückt. Ein paar mächtige Hörner sieht er noch, und den breiten knöchigen Schädel, der sich auf sein Gesicht niedersenk. Dann weiß er nichts mehr.

Der Arzt beobachtet das Atmen des Prinzen.

Das wird allmählich ruhig und gleichmäßig. Er gibt dem Sekretär ein Zeichen. Sie drehen das Licht aus und verlassen vorsichtig das Zimmer.

Am nächsten Morgen um acht Uhr ist der Diener nicht imstande, den Kanzler zu wecken, auch der Sekretär Hahn nicht. Auch dem herbeigerufenen Arzt gelingt es nicht, den Prinzen ins Bewußtsein zurückzurufen. Sechszwanzig Stunden liegt der Reichskanzler in schwerem Schlaf.

In dieser Zeit entwickeln die Ereignisse sich weiter.

Die andere Seite.

Berlin, Boxhagener Straße 46, Quergebäude, 3 Treppen.

„Max Müller, Schlosser“, steht auf dem Türschild.

Frau Müller näht Soldatenmäntel, fünfundachtzig Pfennig erhält sie für das Stück.

Morgens um acht Uhr hat sie sich hingesetzt.

Abends hat sie drei Stück fertig.

Dann legt sie sich zum Schlafen hin.

Aber sie findet keine Ruhe. Da ist der Lärm der Straße, der bis auf den Hof dringt und zu den Fenstern hochsteigt. Da sind die Nachbarn, die mit ihr am selben Korridor wohnen.

Und in ihrem Zimmer steht ein leeres Kinderbett.

Ihr Junge ist jetzt fünf Jahre alt.

Gestern hat sie ihn weggebracht.

Nachdem sie abends mit Nähen fertig war, wickelte sie ihn in eine Decke und brachte ihn ins Krankenhaus. Der Nachbar Lange war vorher unten, um nach einem freien Bett zu telefonieren. Sie fuhr dann mit der Straßenbahnlinie 68 bis zur Haltestelle Schulstraße; von dort hatte sie den Kleinen nur schräg über den Damm hindüberzutragen.

„Grippe, dazu Lungenentzündung!“ hat der Arzt gesagt.

„Lungenpest, das wollen die da oben bloß nicht wahr haben. Daran gehen die Kinder jetzt kaputt wie die Fliegen!“

Das sagte Nachbar Lange, nachdem sie mit der leeren Decke unterm Arm zurückgekommen war. Und Lange muß was davon verstehen. Er ist zweiter Vorsitzender im Blochmischen Arbeiterverein.

Jetzt liegt sie im Bett und kann nicht einschlafen.

Sie hört die Nachbarin in der Küche hantieren, nachher auch den Nachbar. Die Wand zwischen beiden Wohnungen

ist so dünn, daß sie jedes Wort verstehen und jedes der einzelnen Geräusche voneinander unterscheiden kann.

„Ist der Beitrag für die Feuerbestattung schon bezahlt, noch nicht — und den Beitrag für Einigkeit III hat Lucie auch noch nicht weggebracht!“ Der Mann poltert mit den Stiefeln. Er macht sich fertig, auf Arbeit zu gehen. Er ist Schmied in der AEG, Voltastraße. In dieser Woche hat er dritte Schicht, von zwölf Uhr nachts bis acht Uhr früh.

Trude Müller kommt vom Krankenhaus nicht los. Immer wieder schieben sich die Bilder in ihre Gedanken: der Weg durch den dunklen Garten, die Station mit den hohen Glasüren. Die Kacheln am Boden, die Badewanne, das Kinderbett, alles war weiß, und das Zimmer warm. Wenn ihre Stube auch so gut geheizt wäre und wenn es nicht so ziehen würde; dann hätte sie den Kleinen zu Hause behalten können und ihn nicht in den Kinderhort zu schicken brauchen. Dort hat er sich die Grippe geholt.

Draußen rumpelt eine Straßenbahn vorbei.

Im Haus wird eine Tür zugeschlagen.

Das Schreien eines Kindes in der Wohnung über ihr hat aufgehört. Nur die Großmutter oben wiederholt eintönig dieselben Worte weiter: „Nu sei schon still, nu sei schon still. Mutter kommt ja gleich...“

Die Nachbarin Lange hört die Großmutter ebenfalls:

„Die Mähringsche oben, die soll sich was schämen. Mit einem Soldaten läuft sie rum, wo ihr Mann erst vor einem halben Jahr gefallen ist!“

Lange gibt seiner Frau keine Antwort, aber er fängt an, auf die Tochter zu schimpfen.

„Wie lange willst du hier noch sitzen und schreiben? Das kostet nur Petroleum, und Zweck hat es überhaupt keinen!“

„Gleich, ich habe den Brief gleich fertig!“

Auch die Mutter mischt sich ein:

„Nu laß schon, laß die Lucie schon!“

„Gar nichts werde ich sie lassen. Ich habe schon immer gesagt, das hat keinen Zweck. Das ist kein Mann für das Mädel. Das gibts nicht, ein Matrose — — was denn, wenn der Krieg vorbei ist, da sucht der sich ein Schiff und läßt sie sitzen!“

(Fortsetzung folgt.)

Amerika von drei Seiten.

Kurze Meldungen aus den USA.

Dem Kapitalismus ausgeliefert.

Als Anfang Mai die United Steel Corporation die Löhne ihrer Arbeiter abermals um 15 Prozent kürzte, reagierte die Börse prompt mit einer Steigerung der Aktien. Die Überschrift der Zeitungen faßte das Resultat in die lakonischen Worte zusammen:

„Stahl kürzt erneut Löhne; Aktien steigen schnell.“

Kein Wunder, daß alle anderen Stahlwerke diesem Beispiel sofort ebenfalls mit einer erheblichen Lohnsenkung folgten.

Aus dem Elend der Stahlarbeiter pressen die Ausbeuter Millionen-Profit.

Keine Gewerkschaft in der Stahlindustrie schützt die Masse der meist ungelerten Arbeiter,

da die Gewerkschaft, die American Federation of Labor, nicht an der Erfassung dieser Arbeiter interessiert ist. Seit dem großen Stahlstreik von 1919 hat sich die Lage der Stahlarbeiter dauernd verschlechtert. Es wird aus ihnen herausgeholt, was das Zeug halten will. Die Lebensbedingungen im Stahlrevier sind nicht viel besser als die bei den Bergarbeitern in Kentucky. Bestrebungen, im geheimen gewerkschaftliche Verbände aufzubauen, sind im Gange; sie machen jedoch wegen des Terrors der Unternehmer nur langsam Fortschritte.

Die Arbeitsbedingungen für Textilarbeiterinnen in Massachusetts sind so haarsträubend, daß sich ein Staats-Senator veranlaßt sah, kürzlich folgende Erklärung vor einem Parlamentsausschuß zu machen: „In einigen Fabriken sind die Löhne so niedrig, daß die Arbeiterinnen zur Fristung ihrer Existenz zur Prostitution gezwungen werden. Sie müssen den Besitzern und Betriebsleitern gegenüber willfährig sein, um die Stelle zu behalten. Wochenlöhne von ein oder zwei Dollar sind keine Seltenheit. In einem Falle wurden sogar für 48 Arbeitsstunden ganze 40 Cents (etwa 1,70 Mark) ausgezahlt.“

Sorgen des Bürgertums: Naß oder trocken?

Nutznießer des Verbots:

Alkoholische Getränke dürfen in Amerika nur auf Grund ärztlicher Rezepte verkauft werden. Jeder der 160 000 praktizierenden Aerzte darf im Jahre 400 Alkohol-Rezepte ausstellen. Viele Aerzte unterschreiben diese Scheine, verkaufen sie unausgefüllt an Drogisten für 5 Dollar das Stück und erhalten somit einen Zuschuß von 1200 Dollar zu ihrem oft kläglichen Einkommen.

Der Drogist kauft Whiskey, eine Kiste mit 24 Flaschen etwa für 40 Dollar; dazu kommen für ihn an Ausgaben 72 Dollar für 24 ärztliche Rezepte; seine Ausgaben belaufen sich also auf 112 Dollar. Der Käufer zahlt bis 165 Dollar für die Kiste.

Diese Zahlen stammen von dem früheren Präsidenten des Amerikanischen Aerzte-Verbandes, BEVAN, einem Professor der Universität von Chicago, der vor einem Komitee des amerikanischen Senates über den Alkoholhandel berichtete.

Selne Gegner:

Der Bürgermeister von New York hat die Anregung gegeben, in allen Städten Amerikas Bier-Umzüge zu veranstalten. Als Demonstration gegen die Prohibition sollten diese Umzüge gleichzeitig die blödsinnige Parole vertreten, daß mit der Abschaffung des Alkoholverbotes die Prosperität wieder einsetzen würde. Viel Erfolg hat der Bürgermeister WALKER mit seinem Plan nicht gehabt. In seiner eigenen Stadt sind statt der erwarteten 100 000 Mann nur 28 000 erschienen. Es ist auch bisher keine andere Stadt diesem Beispiel gefolgt.

Mit Recht hat die Sozialistische Partei Amerikas gegen diesen Ablenkungsschwindel protestiert und darauf hingewiesen, daß es weit wichtiger sei,

den Hungrigen Brot statt den Durstigen Bier

zu verschaffen. Als vor kurzem im Kongress ein Gesetz für die Bereitstellung von Bundesgeldern für die Unterstützung Bedürftiger beraten wurde, weigerten sich alle Bürgermeister mit Ausnahme des sozialistischen Bürgermeisters von Milwaukee, HOAN, sich den Vorstellungen der Wohlfahrtsarbeiter zu Gunsten eines solchen Gesetzes anzuschließen. „Wir schaffen es allein ohne Bundesgelder“, war ihre Losung. Heute weiß jeder, der die Augen offen hat, daß die Mittel aus privaten Sammlungen am Ende sind. Das Elend wächst — aber Mr. WALKER hat Zeit für Bier-Demonstrationen.

Die Macht der Kirche.

Mit Geld und Presse für den „Glauben“.

Am 9. April übergab der New Yorker Direktor der „Vereinigung zur Verbreitung des Glaubens“ dem Papst in Rom einen Scheck im Betrage von 1 100 000 Dollar (rund 4 620 000 Mark). 1930 betrug das Geschenk 1 400 000 Dollar. Der Papst hat im vergangenen Jahre insgesamt 2 600 000 Dollar für Propagandazwecke erhalten; der amerikanische Anteil daran beträgt also 42 Prozent. Es ist daher verständlich, daß der frühere Leiter der Propaganda-Organisation die katholische Kirche in den USA als eine der Hauptstützen des Papsttums bezeichnete.

„Eine katholische Zeitung ist so sehr eine Notwendigkeit wie eine Kirche. Es ist ebenso sehr die Pflicht jedes Priesters, dafür einzutreten und für ihre weiteste Verbreitung zu arbeiten, wie es seine Pflicht ist, Kirchenschulen zu bauen und zu unterhalten.“ Das ist die Überzeugung des Kardinals O'CONNELL von Boston (Massachusetts), Primat der amerikanischen Hierarchie.

Aus der Geschichte der katholischen Presse in Amerika sind einige Episoden interessant, die in der 1931 erschienenen kleinen Schrift „Catholic Journalism“ von A. W. BAUMGARTNER berichtet werden. — Die erste katholische Zeitung ist schon 1789 in Boston erschienen. Die eigentliche Geschichte des katholischen Pressewesens beginnt jedoch erst gegen 1866, als die amerikanischen Bischöfe in einem Rundschreiben betonten, daß „die Macht der Presse eines der bedeutsamsten Kennzeichen der modernen Gesellschaft“ sei. 1884 wiederholten die Bischöfe ihren Ruf nach einer starken Presse und wiesen gleichzeitig darauf hin, daß katholische Zeitungen nicht notwendig katholische Namen zu tragen hätten.

Als 1894 Kritik daran geübt wurde, daß die Zeitungen zu sehr demokratische Parteipolitik vertraten, sodaß die Anhänger der Republikanischen Partei Katholizismus und Demokratische Partei in den gleichen Topf würfen, antwortete der Priester SMITH,

daß es sich zur Zeit bezahlt mache, demokratische Parteipolitik zu treiben, weil nicht genügend Unterstützung von seiten der Gläubigen vorhanden sei.

1892 erschien die erste katholische Zeitung im Dialekte der Sioux-Indianer. — 1909 traten die Jesuiten zum ersten Male mit ihrer Zeitschrift „America“ hervor. Und es war wiederum ein Jesuit, der 1910 die erste Abteilung für Journalismus in Amerika an der Marquette Universität in Milwaukee eröffnete. Erst zwei Jahre später wurde ein

Erfahrungen mit der RGO.

Hk. Auf welchen Grad von Machtlosigkeit die Arbeiterschaft eines Betriebes herunterkommen kann durch das Zusammenwirken des Drucks der Erwerbslosigkeit, der nationalsozialistischen Hilfsdienste für die Unternehmer und der Gewerkschaftsspaltung, das zeigt anschaulich die Entwicklung, die die Belegschaft von Schacht 6 der Zecheanlage „Rheinpreußen“ in Repelen (Niederrhein) in den letzten Jahren genommen hat. Der Mechanismus, in dem die genannten drei Faktoren zusammenwirken, ist so: die Gewerkschaftsspaltung dient der Sortierung der Belegschaft in sogenannte radikale und gemäßigte Elemente. Das ist eine Vorarbeit, die der Unternehmer sich zunutze macht, um bei den Entlassungen auszusieben. Je mehr Radikale so aus dem Betriebe herausfliegen, desto passiver wird die Masse der übrig bleibenden Freigewerkschafter. Auf diesen geschwächten Boden wird der Zersetzungspilz der faschistischen Werkgemeinschaftsidee gepflanzt, der, zusammen mit der Angst vor der drohenden Erwerbslosigkeit, den Rest der „Rheinpreußen“ hat dieser Prozeß zu einer so rapiden

Schwindsucht der radikalen Elemente im Betrieb

geführt, daß innerhalb eines Jahres eine neue Wahl des Betriebsrates vorgenommen werden mußte, weil die kommunistische Liste erschöpft war.

Das Ergebnis der beiden letzten Betriebsratswahlen ist folgendes:

	1931	1932
Bergarbeiterverband	171 Stimmen	150 Stimmen
RGO	358 „	270 „
Christlicher Gewerkverein	97 „	87 „
Gelbe	124 „	176 „
Nazis	83 „	210 „
Abgegebene gültige Stimmen	838	893

Rund gerechnet haben also während eines Jahres die Nazis und Gelben zusammen 180 neue Stimmen an sich gerissen; das sind etwa 18 Prozent der Belegschaft

(die betrug 1932 1139 Mann gegenüber 1037 im Jahre 1931). Der Zuwachs der unternehmerfreundlichen Gruppe um 180 wird zum Teil durch Neuwähler gedeckt (rund 60), zum weitestgrößeren Teile aber durch einen Verlust der anderen Gewerkschaftsgruppen. An diesem Verlust sind Freie Gewerkschaft und RGO zusammen mit rund 110 Stimmen beteiligt, die RGO allein mit etwa 90 Stimmen! Ihr gegenüber haben sich die Freien Gewerkschaften noch über Erwarten gut gehalten, mit einem Verlust von rund 20 Stimmen. Prozentual in etwa gleicher Höhe liegt der Verlust der Christen (10 Stimmen).

Zur Erläuterung der Entwicklung, die in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, seien noch einige Einzelheiten mitgeteilt. Nach ihrem Erfolg im vorigen Jahre lösten die RGO-Kollegen, vor allem die RGO-Betriebsräte, mehrere wilde

Stuhl für Zeitungswesen an der Columbia-Universität eingerichtet.

Heute verfügt die katholische Kirche über drei Schulen für Journalisten, fünf Universitäts-Abteilungen und elf ständige Kurse an Akademien.

Für Nachwuchs an ihren Zeitungen ist also gut gesorgt. — Die im Jahre 1920 gegründete Presse-Zentrale in Washington funktioniert gut. Sie versorgt die Provinzzeitungen u. a. mit folgendem Material: Wochen-Preßblätter, Kabelberichte von Europa, Bilderdienst, Leitartikel, Sonderartikel über päpstliche Veröffentlichungen; außerdem unterhält die Zentrale Berichterstatter in vielen europäischen Städten.

Die Katholiken Amerikas verfügen heute über 292 Zeitungen, 9 davon erscheinen täglich. Bemerkenswert ist, daß nur eine dieser 9 Blätter in englischer Sprache herausgegeben wird, während die übrigen 8 bestimmt sind für Böhmen, Polen, Slowaken, Litauer und Spanier. An Zeitschriften fehlt es ebenfalls nicht: die Liste enthält 103 Wochenausgaben, 164 Monats- oder Halbmonatsschriften, 16 kommen vierteljährlich heraus und drei werden nur einmal im Jahre gedruckt.

Eine solche Presse ist eine starke Macht im Dienste des stärksten Feindes der Arbeiter und einer der Gründe, warum die Arbeiterbewegung Amerikas so schwach ist.

Die Arbeiterführer haben es nur zu einem geringen Teil verstanden, sich den fremdgeborenen Arbeitern zu nähern. Für die Kirche waren diese Einwanderer die Hauptquelle ihrer zahlenmäßigen Macht.

Mit mehr als 18½ Millionen Mitgliedern stellt die katholische Kirche heute die stärkste Konfessionsgruppe im Lande dar.

Streiks auf „Rheinpreußen“ aus. Der Erfolg war jedesmal ~~Maßregelung~~ durch Entlassungen. Die nachrückenden Betriebsräte wiederholten dies, sodaß die RGO-Liste sehr schnell dezimiert wurde.

Teilweise drangen die Gemeindegelten mit ihrer Beschwerde beim Arbeitsgericht durch, da sich die Ausflüchte der Unternehmer: Arbeitsmangel, Rückgang der Förderung, als unhaltbar erwiesen (Schacht 6 hat seine Belegschaft während des vergangenen Jahres noch vergrößert).

Teilweise jedoch wurde den Gemeindegelten Verletzung des Betriebsrätegesetzes nachgewiesen, wodurch die fristlose Entlassung formal gerechtfertigt war.

Während radikale Arbeiter entlassen wurden, wurden Nazis oder „Stahlhelmer“ oder andere auf stillgelegten „Rheinpreußen“-Schächten als „zuverlässig“ erprobte Elemente eingestellt.

Auch innerhalb des Betriebes wurden diese Elemente bevorzugt; die leitenden Werkbeamten vergaben z. B. „Druckposten“ an Nazis. Das Druckmittel auf die Gesinnung, das die Werkbeamten mit der Verteilung der Arbeitsplätze in der Hand haben, ist stark: es ist ein Riesensunterschied, ob einer eine „Knochenarbeit“ leistet, z. B. „zwischen Hangendem und Liegendem“ auf dem Bauche liegend, vor Ort hauen muß, oder ob er z. B. eine Schrämmaschine bedienen darf.

Die Nazi-Arbeiter, die sich zu den Handlangerdiensten für die Unternehmer hergeben, übersehen allerdings, daß auf ihnen bei fortschreitender Aussiebung der radikalen Arbeiter auch die „Knochenarbeit“ hängen bleibt. Sie müssen sie heute schon weitgehend verrichten.

Eine andere Erfahrung mit der RGO teilt die kommunistische „Niederrheinische Arbeiterzeitung“ (Duisburg) mit. Es handelt sich um die Betriebsratswahl bei der „Gute Hoffnungshütte“ in Gelsenkirchen.

Das Ergebnis:

	1931	1932
DMV	76	82
RGO	411	184
Christen	102	147
NS u. Gelbe	92	90

1932 gaben von 744 Wahlberechtigten nur 510 ihre Stimme ab. Dazu schreibt die „Niederrheinische Arbeiterzeitung“: „Die Wahlarbeit bestand darin, daß Flugblätter von außen an die Belegschaft verteilt wurden.“ Im Betrieb selbst wurden trotz mehrmaliger Aussprachen mit den Genossen der Zelle keinerlei konkrete Anknüpfungspunkte gegen die Maßnahmen der Direktions-geschaffen, um die Kollegen zu mobilisieren.“ So erklärt es sich auch zum Teil, daß 234 (31½ Prozent) Arbeiter von der Wahl wegblieben.“

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Moabit, Dienstag, 28. Juni, 20 Uhr, im Restaurant von Haase, Putilitzstr. 19. Thema: Das Volksbegehren der Arbeiterschaft. — Wie schlagen wir den Faschismus?

Bremen: Mittwoch, 29. Juni, 20.15 Uhr, im Vorhangshaus der Buchdrucker, Am Wall 10. Thema: Wer sabotiert den Aufbau der Einheitsfront?

Hannover: Mittwoch, den 29. Juni, 20.15 Uhr, in der Stadt. Saalwirtschaft, Gartenallee 1. Thema: Das Ende der Demokratie!

Kassel: Donnerstag, 30. Juni, 20.15 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Thema: Wie steht es mit der Einheitsfront der Arbeiterparteien?

Freie Aussprache! Eintritt freil

Eisenach: Mittwoch, 29. Juni, 20.15 Uhr, im Gasthaus „Goldener Engel“. Thema: Der Weg zur Einheitsfront des Proletariats. Redner: Karl Ehrlich, Kassel. Unkostenbeitrag: 10 und 5 Pfennig.

Lohnabbau bei den holländischen Eisenbahnen.

(ITF) Die holländische Regierung hat den Beschluß der Eisenbahnverwaltung genehmigt, die Löhne ab 1. Juli um 5 Prozent, eventuell um weitere 5 Prozent am 1. Januar 1933 herabzusetzen. Der der Internationalen Transportarbeiter-Föderation angeschlossene Eisen- und Straßenbahnverband forderte sofort die übrigen vier Organisationen des Eisenbahnpersonals auf, nochmals gegen den Lohnabbau aufzutreten. Keine von ihnen hat jedoch geantwortet, auch nicht der Eisenbahnbeamten-Verband, der sonst immer gern radikale Worte gebraucht. Infolge dieser Haltung der anderen Verbände soll der Lohnabbau hingenommen werden.

(ITF) Einige deutsche Reeder haben den Seelenten für die Unterkunft, die sie als einen Bestandteil der Heuer betrachten, einen Betrag für die Steuer abgezogen. Der Deutsche Gesamtverband hat bei den Behörden dagegen Klage erhoben, diese haben jedoch die Maßnahmen der Reeder gutgeheißen. Der Gesamtverband wandte sich darauf an das Finanzministerium, das entschieden hat, daß ein derartiger Abzug für die Steuer unzulässig ist.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ für die Einheitsfront.

F. G. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ vom 25. Juni nimmt in ihrer Wochenbeilage Stellung zur Frage der Einheitsfront. Der Aufsatz ist beachtenswert wegen seiner Sachlichkeit und des ernststen Tones der zweiten Hälfte des Aufsatzes.

Nicht zu Unrecht wird darauf hingewiesen, daß die KP nach der Preußenwahl Anzeichen für eine Annäherungsmöglichkeit zwischen KP und SP erkennen ließ. Die Phrase von den Sozialfaschisten wurde zurückgedrängt und eine Einheit mit den „unteren Organisationen“ in den Vordergrund gestellt, während vorher jede organisatorische gemeinsame Arbeit abgelehnt wurde. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ schreibt dann: „Es erscheint einleuchtend, daß bei dem gegenwärtigen reaktionär-faschistischen Kurs in der deutschen Politik die Kommunisten weiter in die Richtung eines Abbaus des von ihnen hervorgerufenen Hasses in der Arbeiterbewegung gezwungen werden.“

Abgesehen davon, daß nicht nur die KP, sondern auch die SP unter dem Druck des „reaktionär-faschistischen Kurses“ in der deutschen Politik Zeichen einer Annäherung erkennen ließ, ist es eine völlig unangebrachte Belastung der Arbeit für die Einheitsfront, dem anderen Teil vorzuwerfen, er habe den Haß in der Arbeiterbewegung hervorgerufen. Das muß auf jeden Fall unterlassen werden, da beide Teile ihr gerütteltes Maß voll Schuld daran tragen.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ schreibt dann sehr anerkennenswert weiter:

„Zwischen den beiden Richtungen in der Arbeiterbewegung, der kommunistischen und der gewerkschaftlich-sozialdemokratischen, gibt es große und tiefe Unterschiede. Aber diese Unterschiede treten heute vollständig in den Hintergrund gegenüber der Kardinalfrage des Kampfes gegen den Nationalsozialismus, der alle Richtungen der proletarischen Bewegung gleichmäßig mit Vernichtung und Untergang bedroht, darüber hinaus das gesamte gesellschaftliche und politische Leben unter die Barbarentiefen hemmungsloser Diktaturen zwingen will.“

Kampf gegen den Nationalsozialismus! Kampf gegen die soziale Reaktion! Kampf für die Existenz der Arbeiterbewegung in allen ihren Formen!

Diese drei großen Gesichtspunkte stehen heute im Vordergrund.

Einheitsfront in Steglitz.

H. D. Am Montag abend wurden etwa 30 „Reichsbanner“-Leute, die sich in ihrem Verkehrslokal in Berlin-Steglitz sammelten, von Nazis angegriffen. Teilnehmer der „Rote-Hilfe“-Versammlung, die in der Nähe stattfand, kamen ihnen zu Hilfe. Darauf wurde diese Versammlung umgestaltet zu einer Verbrüderungskundgebung. Je ein Vertreter der beiden Organisationen hielt eine kurze Rede, in der sie bekundeten, gegen die Faschisten zusammenstehen zu wollen. Der Vertreter der „Roten Hilfe“ schlug ausdrücklich vor, auf eine Diskussion zu verzichten, um die Verbrüderung nicht abzuschwächen.

Die Nazis trieben sich noch lange vor dem Versammlungslokal umher. Die Polizei mußte große Absperrungen vornehmen, um Zusammenstöße nach Schluß der Versammlung, die etwa 300 Menschen umfaßte, zu verhindern.

Das ist einer der vielen Fälle, in denen die Not die Genossen beider Parteien zusammenbringen. Dann geht es plötzlich. Dann kann sogar auf die „Entlarvung“ verzichtet werden, die man vorher auf keinen Fall preisgeben zu können glaubt. Dann ist plötzlich die „Eiserne Front“ nicht mehr die allein daseinsberechtigende Abwehrorganisation.

Warum wartet die Arbeiterschaft, daß erst viele ihrer Kämpfer ermordet werden, statt die Nazihorden von vornherein einzuschüchtern durch einen ehrlichen Zusammenschluß für die Abwehr.

Daß das Zustandekommen dieser gemeinsamen Abwehr von den Mitgliedern beider Parteien täglich bedingungslos befürwortet wird und nur an den Leitungen von SP und KP scheitert, beweisen die täglich gemeldeten lokalen Einheitskundgebungen, das beweisen uns täglich Briefe und mündliche Äußerungen von Genossen aller Parteien und Richtungen.

Genossen, laßt euch von den Leitern eurer Parteien diese Sabotage der einzig nötigen Aktion nicht gefallen. Wenn sie sich nicht aus freien Stücken entschließen, dann drängt und fragt immer wieder, so daß sie gar nicht mehr ausweichen können, wenn sie nicht ihre Partei auseinander fallen lassen wollen.

Einzeichnungslisten für die Einheitsfront können von der Redaktion des „Funkens“ angefordert werden.

Und immer weiter: vorwärts!

K. G. Obwohl in Hann. Münden seitens der Presse alles Mögliche getan wurde, die Unterschriftensammlung für die Einheitsfront zu sabotieren, setzt sich doch der Wille zur Einheit immer mehr durch. In einer von 500 Erwerbslosen besuchten öffentlichen Versammlung, in der Redner aller proletarischen Parteien und der Gewerkschaften sprachen, fand die Aufforderung zur Einheitsfront den stärksten Widerhall. Am gleichen Abend wurde eine Diskussion zur Schaffung der Einheitsfront veranstaltet. Zuerst gab es noch viele Reibungen zwischen SP- und KP-Vertretern, alle alten Fehler der „andern“ wurden aufgetischt, das Trennende möglichst klar herausgearbeitet. Schließlich sah man, daß es so nicht geht. Wenn man den Ehrgeiz hat, sich in jedem einzelnen Punkt zu einigen, können wir noch lange auf die Einheitsfront warten. Wir müssen uns jetzt entschließen, gemeinsam das zu tun, worin wir einig sind: den Faschismus abzuwehren. Es kam dann tatsächlich eine Einigung zustande. Die Vertreter von SP und KP gaben eine Erklärung ab, sich und ihre Führungen nicht gegenseitig zu beschimpfen. Es wurde beschlossen, eine gemeinsame Kundgebung zu veranstalten.

Hoffen wir, daß derartige Anfänge nicht durch Parteibefehle von oben zerstört werden. Das können die Genossen an den betreffenden Orten mit verhindern. Wenn die Führung sieht, daß sämtliche Mitglieder hinter diesen Bestrebungen stehen, wird sie nicht dazwischenpoltern.

Auf diesen Bestandteilen kann sich das Aktionsprogramm der gesamten Arbeiterklassenbewegung aufbauen.

... Was nützen uns heute geschichtliche Erinnerungen? Wen ist damit gedient, die Fehler der politischen Parteien seit 1918 aufgerechnet zu sehen? ...

Im Zustande der Gesellschaft ist durch die kapitalistische Offensive, durch den vom Staat geführten Angriff der Unternehmer die Einheitsfront aller Arbeiter, aller Lohn-, Gehalts- und Unterstützungsempfänger, hergestellt. ... Die Regierung von PAPEN hat das Tüpfelchen aufgesetzt und mit ihrer Notverordnung das gesamte Proletariat einer der schwersten Belastungsproben unterworfen. Diese Belastungsprobe wird vom Nationalsozialismus gebilligt.

Burgfrieden innerhalb der Arbeiterklasse! Nicht Bürgerkrieg in ihr. Einheit in den großen, klassenmäßigen Aufgaben und Entscheidungen, die für Jahrzehnte fallen. Schluß mit der Zerreißung, Umkehr von den bisherigen Wegen. Eine wirkliche Einheit, die immer von uns befürwortet ist, würde zu einer ungeheuren Steigerung der proletarischen Kräfte führen, die ganze Arbeiterklasse beleben, ihre moralischen Kräfte steigern und ihr die Kühnheit vermitteln, die zum Siege unentbehrlich ist.

Im Angesicht eines brutal-rücksichtslosen Gegners, des Faschismus, treten wir für die Einheit der Arbeiterklasse ein als der unwiderstehlichen Waffe und einzigen Garantie eines dauernden Sieges über ihre Gegner.“

Das alles ist sehr richtig, und der Vorstand des Metallarbeiter-Vereins sollte entsprechend dem Gewicht seiner Organisation beim Vorstand des ADGB darauf hinwirken, daß dieser angesichts des anschwellenden Naziterrors beide große Arbeiterparteien zu einer Verständigung über die Wahl am 31. Juli bringt. Aufstellung gemeinsamer Kandidatenlisten sollte das Ziel dieser Verständigung sein. Einstellung des gegenseitigen Kampfes das Mindeste, was heute zu verwirklichen ist.

„Eine wirkliche Einheit würde zu einer ungeheuren Steigerung der proletarischen Kräfte führen, die ganze Arbeiterklasse beleben, ihre moralischen Kräfte steigern und ihr die Kühnheit vermitteln, die zum Siege unentbehrlich ist.“

Also wirkt für die Schaffung der einheitlichen Liste bei der Wahl am 31. Juli.

Französische Eisenbahner organisieren sich.

(ITF) Von 1924 bis 1931 ist die Anzahl der der französischen Eisenbahner-Föderation angeschlossenen Verbände von 326 auf 687 gestiegen. In derselben Zeit stieg die Anzahl der abgesetzten Beitragsmarken von 333 648 auf 877 120.

Auf dem Wege zur Einheit.

(ITF) Der britische Eisenbahnerverband (NUR) und der britische Transportarbeiterverband (TGVU) haben im Juni 1932 eine Vereinbarung betreffend eine Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung getroffen. Die Vereinbarung ändert nichts an dem gegenwärtigen Bestand der beiden Organisationen. Die Befugnisse wurden abgegrenzt. Keine von den beiden Organisationen darf ihre Tätigkeit auf den Wirkungsbereich der anderen Organisation erstrecken und dort Mitglieder werben.

Der Eisenbahnerverband verpflichtet sich, diejenigen Beschäftigten in Autobetrieben, deren Organisation ihm durch die Vereinbarung nicht zusteht, womöglich zum Anschluß an den Transportarbeiterverband zu bewegen.

Diese Vereinbarung ist der erste Schritt zur Bildung einer Einheitsorganisation aller Verkehrsarbeiter.

Die Leipziger Metallarbeiter vor einem Streik?

F. G. Die Metallarbeiter Leipzigs haben am Sonnabend in einer von 1000 Funktionären besuchten Versammlung beschlossen, den Kampf gegen die Lohnabbauforderungen der Unternehmer aufzunehmen. Die Unternehmer haben den Arbeitern gekündigt und verlangen entsprechend einigen Schiedssprüchen einen Lohnabbau von 6,5 bis 8 Prozent. Qualifizierte Facharbeiter würden nach dieser Lohnsenkung bei 48stündiger Arbeitszeit etwa 34 Mark verdienen.

Nachdem der Metallarbeiterverband drei Schiedssprüche abgelehnt hatte, hat sich der Oberbürgermeister GÖRDLER als Vermittler angeboten. Hoffentlich bewahren sich die Leipziger Metallarbeiter ihre gute Tradition und lassen keine weiteren Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen freiwillig mehr zu.

Neuer Streik in Oberschlesien.

o Kattowitz, 27. Juni.

Am Sonnabend wurde auf der Wilhelmshütte und der Falwahütte ein Proteststreik gegen die Lohnherabsetzung durchgeführt. Etwa 3000 Mann der Belegschaft blieben im Betrieb, ohne jedoch irgend welche Arbeiten auszuführen. Auch am Montag sind die Arbeiter zwar im Betrieb erschienen, doch haben sie die Arbeit nicht aufgenommen.

Lohnabbau bei 18,74 M. Wochenverdienst.

F. G. Die Zigarrenfabrikanten verlangen bei einem durchschnittlichen Wochenverdienst eines Vollarbeiters von 18,74 Mark (wie die Tabakarbeitergenossenschaft feststellte) eine Lohnsenkung der Zeitlohnsätze bis über 20 Prozent und der Stücklohnsätze bis über 30 Prozent. Abbau ihrer Ortszuschläge und die völlige Beseitigung der tariflichen Ferien. Die Tabakarbeiterverbände verlangen die Festsetzung höherer Zeitlöhne für qualifizierte Arbeiter sowie eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von 36 Stunden. Die Gewerkschaften haben das Reichsarbeitsministerium um die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens ersucht.

Christliche Gewerkschaften und der Völkerbund.

Appelle statt Entschlüsse.

In Antwerpen findet zur Zeit die Vollsitzung des Vorstandes der Christlichen Bergarbeiter-Internationale statt, unter dem Vorsitz von IMBUSCH. Gegenstand der Beratung bildet das internationale Abkommen von 1931 über die Arbeitszeit im Kohlenbergbau. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der das internationale Arbeitsamt in Genf ersucht wird, Schritte zur Durchführung dieses Abkommens zu unternehmen. Ferner wurde das Arbeitsamt ersucht, den Völkerbund aufzufordern, die Arbeiten über die internationale Regelung der Kohlenherzeugung und des Kohlenhandels schleunigst fortzusetzen.

Der HIRSCH-DÜCKERsche Gewerkschaftsbund der Angestellten hat von der Reichsregierung „eine unangelegentlich und eindeutige Erklärung“ darüber gefordert, daß die von den Gewerkschaften gezahlten Unterstützungen bei der Bedürftigkeitsprüfung, die nach der neuen Regelung nach einer gewissen Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge eintritt, nicht angerechnet wird.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 86, Elisabethufer 28/29.

Erstklassige-Madernheit
Herren-Anzüge
Mäntel
Damen-Mäntel
Kostüme
Tadelloser Sitz

Schönheit
MAGDEBURG
O.v. Guerickestr.
104, H.r.l.
Stoffmuster
vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorz. d. Inserates 5% Rabatt!

Bürobedarfsartikel.
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen.
A. H. Timmermann.
Hamburg / Barckenstraße 8.
Telephon: 25 53 42.

Freunde
und Leser des
„Funkens“!

Unterstützt
Europa
Zeitung!

Welt Abonnement!
Sammelt Anzeigen!
Bewerbt bei Einzelnen
unsere Inserenten!

A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH



druckt Flugblätter,
Zeitungen,
Zeitschriften
und jede Art
Geschäfts-
drucksachen

Berlin SO 86, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammelnr. P 1 Moritzplatz 3471

MAGDEBURG

Pflanzen-Butter

(vegetabile Margarine)
garantiert reine Nuß-Fette
Sonder-Angebot:
Post-Pflocken 8 Pfd. netto nur 2,20 RM.
Frei Haus gegen Vorauszahlung auf
Postcheck Magdeburg 179 24.
Frisehkost-Reformhaus
Ernst Huld, Magdeburg
Otto v. Guerickestraße 104.

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987.

Festspiele des Films:

28.-30. Juni: Rango (Ein Tierfilm von Schoedtsch)

Mit Byrd zum Südpol.

Anfangszeit: 15, 17, 19 und 21 Uhr.

Das Fiasco der Demokratie und in dessen Gefolge die drohende Gefahr der kalten Faschisierung mahnen jeden Sozialisten, den Aberglauben an die Macht der Mehrheit zu brechen.

Diesem Gebot der Stunde nachzukommen, brachten wir sieben in dritter, unveränderter Auflage heraus:

Demokratie und Führerschaft.

Von LEONARD NELSON.

Dritte Auflage, 176 Seiten.
Broschiert 2,40 M. Ganzleinen 3,40 M.

„Die Demokratie ist nicht die große Arena, aus der der Tüchtigste als Sieger hervorgeht. Sie ist die Narrenbühne, auf der der pfiffigste oder bestbezahlte Schwätzer dem vornehmen und nur auf seine gute Sache bauenden Charakter den Rang abläuft.“

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a;
Postcheckkonto: Berlin 813 42.

Die Bedeutung des Kampfes der englischen Baumwollindustrie.

M. S. Am 24. Juni ergab die Abstimmung der Baumwollweber von Lancashire, daß nur 78 437 Weber für den Streik waren, 61 742 Weber aber dagegen. Diese Abstimmung ergab, ebensowenig wie die erste vor einigen Wochen, keine Dreiviertel-Mehrheit. Der Hauptausschuß des nordenglischen Textilgewerkschafts-Verbandes beschloß daher, vorläufig nicht zum Streik aufzurufen.

Die Weber wissen sehr wohl, welche Gefahren bei einem Streik drohen; aber sie wissen auch, um was es geht; viele von ihnen erwarten den Kampf, der endlich dem Abwarten und Verhandeln ein Ende macht; aber es gibt auch viele, die zaudern.

Die Unternehmer wünschen sich nichts Besseres als das Durcheinander, das gegenwärtig unter den Textilarbeitern herrscht. Die Methode der Unternehmer, gegen die Lohnhöhe lokal vorzugehen, konnten die Arbeiter eine zeitlang entgegenzutreten, indem die Gewerkschaften — wie in Burnley — ihre Mitglieder aus den in Frage kommenden Fabriken zurückzogen. Die Arbeiter verhetzten damit die Unternehmer untereinander, da die arbeitenden Fabriken die Märkte an sich rissen, die von den im Streik befindlichen Fabriken beliefert worden waren. Aber diese Methode konnte nicht lange fortgesetzt werden, da die Zahl der Fabriken zunahm, in denen zu niedrigeren Löhnen gearbeitet wurde, als der gewerkschaftliche Tarif vorsieht. Außerdem brachte der Guerilla-Krieg die Gefahr mit sich, daß auch die Arbeiter gegen einander aufgewiegelt wurden.

Die Unternehmer zielen zur Zeit darauf ab, in jeder Fabrik verschiedene Bedingungen durchzudrücken; wenn dies gelingt, so würden die Gewerkschaften sehr bald die Kontrolle über die Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder verlieren. Hierum geht es, es dreht sich bei dem jetzt in Frage kommenden Kampf nicht nur um die Aufrechterhaltung der Löhne, sondern um die Wirksamkeit der Gewerkschaften überhaupt. Ihre Existenz steht auf dem Spiel. Der Zweck des Streiks, wenn er zustande kommt, ist der, das Recht der Gewerkschaften zur Verabredung von Löhnen und Arbeitsstunden für die ganze Industrie durchzusetzen und die lokalen Angriffe der Unternehmer auf die Arbeitsbedingungen wieder aus dem Weg zu räumen.

Beide Parteien wissen, wie es steht. Die Unternehmer wissen, daß sie bei einer Niederlage alle Hoffnung auf Lohnsenkung für längere Zeit fahren lassen müssen; und das bedeutet für viele von ihnen in dieser Stunde den Bankerrott. Während sie im vergangenen Dezember, als ihnen Verhandlungen noch aussichtsreich erschienen, geteilter Meinung waren, ob sie den Vertrag von 1919 zwischen Arbeitern und Unternehmern aufheben sollten, erklärten sie sich jetzt mit Einstimmigkeit für diesen Schritt, der zu dem gegenwärtigen Konflikt geführt hat.

Die Unternehmer von Lancashire geben den Arbeitern an Dickköpfigkeit nichts nach. Andererseits sind die Arbeiter zur Zeit noch gut organisiert. In welchem Ausmaß gerade die Weber organisiert sind, ist freilich schwer festzustellen. Aber die Weaver's Amalgamation (eine der Gewerkschaften der Weber) hat allein 159 000 Mitglieder und die anderen zehn Gewerkschaften, die zur Föderation der Baumwollindustrie der nördlichen Grafschaften gehören, haben weitere 40 000 Mitglieder. Außerdem ist das Selbstvertrauen bei ihnen auf Grund früherer Erfolge stark; und sie haben diese Erfolge zu einer Zeit erzielt, in der die Arbeitslosigkeit bei ihnen größer war als heute. Auf Grund dieser Erfahrungen sind sie nicht leicht zum Nachgeben zu bringen. Dennoch bestehen schwere Bedenken gegen einen Generalangriff. Das erste betrifft die Lage der Arbeitslosen. Die Ziffer für die Arbeitslosigkeit in der gesamten Baumwollindustrie gibt ein unzureichendes Bild von der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Distrikten. In den großen Textilstädten schwankt die Arbeitslosigkeit in der gegenwärtigen Zeit, in der die Industrie eine vorübergehende Welle besserer Beschäftigung genießt, zwischen einem Sechstel und einem Zehntel der Bevölkerung. In einer Stadt wie Blackburn z. B. mit einer Bevölkerung von 122 600 Einwohnern, gibt es 20 400 Arbeitslose. Es gibt andererseits viele Dörfer, in denen die Textilfabriken, die einzige Arbeitsstätte, seit Jahren geschlossen sind. Man darf nicht vergessen, daß die Arbeitslosigkeit in der Baumwollindustrie nicht etwa nur seit den vergangenen drei Jahren besteht, sondern fast ununterbrochen seit 1921. Viele Arbeiter sind seit über fünf Jahren erwerbslos, ohne die geringste Aussicht auf Wiedereinstellung. Die niederziehende Not ist es, die den Unternehmern gestattet hat, Arbeitsbedingungen einzuführen, die unter den mit den Gewerkschaften verhandelten liegen. Der Sekretär der Weaver's Amalgamation mußte in diesem Jahr mitteilen, daß 2000 Mitglieder ausgeschlossen werden mußten, weil sie zu nicht-gewerkschaftlichen Löhnen arbeiteten.

Aber die Widerstandskraft der Arbeitslosen ist noch von einer anderen Seite her erschüttert worden: durch die Änderungen in der Arbeitslosengesetzgebung, die die Nationale Regierung eingeführt hat, vor allem durch die Bedürftigkeitsprüfung. Fast jeder zweite Textilarbeiter hat bereits seit 26 Wochen Arbeitslosenunterstützung empfangen und bekommt daher weitere Unterstützung nur auf Grund einer Bedürftigkeitsprüfung. In solchem Fall muß er sich einer unwürdigen Prüfung aller seiner Einkommensquellen unterziehen; ebenso wird das Einkommen seiner Verwandten und anderer Personen untersucht, die ihn eventuell unterstützen könnten. In Lancashire ist diese Bedürftigkeitsprüfung am schärfsten durchgeführt worden. 19½ Prozent der Unterstützungen, die auf Grund von Bedürftigkeitsprüfungen gewährt werden, sind dort seit dem 12. November 1931 eingestellt worden, während der Durchschnitt für ganz England 8½ Prozent ist. Die Gewerkschaften melden in ihren Berichten, daß die Bedürftigkeitsprüfungen die Moral der Arbeiter unterhöhlt, daß sich die Zahl der Arbeiter, die zu nicht-gewerkschaftlichen Bedingungen arbeiten, stark vermehrt.

Glücklicherweise haben die Textilgewerkschaften, im Unterschied von der Mehrheit der britischen Gewerkschaften, Vorkehrungen dafür getroffen, daß ihre arbeitslosen Mitglieder die Mitgliedschaft fortführen können. Das vermindert die Gefahr, daß sie in der Solidarität nachlassen. Ferner melden verschiedene Berichterstatter aus den Textildistrikten, daß viele Arbeiter, die gegenwärtig zu nicht-gewerkschaft-

lichen Sätzen arbeiten, derartige Hungerlöhne bekommen, daß sie bei einem Streik vermutlich mitmachen würden, sobald man sie überzeugt, daß eine einheitliche Front bessere Bedingungen auch für sie herausholt.

Die weitere Gefahr, die dem Kampf der Arbeiter droht, liegt in der Bereitschaft der Funktionäre, mit den Unternehmern Kompromisse abzuschließen. Der drastischste Fall ereignete sich 1931. Aber auch in neuerer Zeit sind Fälle vorgekommen, in denen die Gewerkschaftsfunktionäre sich auf unwürdige Bedingungen eingelassen hätten, wenn die Abstimmung der Mitglieder sie nicht daran verhindert hätte.

Die schwerste Gefahr endlich liegt bei der gegenwärtigen „Nationalen“ Regierung. Sie hat ihren völlig reaktionären Charakter bereits gezeigt, und es ist möglich, daß sie ein System von Schiedssprüchen mit gesetzlichem Zwang einführt, falls eine Niederlage der Unternehmer drohen sollte. In ihren Händen liegt die Polizei, die jeder Zeit von außerhalb herangeholt werden kann, um die Streikbrecher zu schützen, die Streikposten anzugreifen und gegen die Versammlungen der Streikenden mit Brutalität vorzugehen. Es ist bezeichnend, daß, obwohl die Gewerkschaften präzise Anschuldigungen gegen bisherige Taten der Polizei vorgebracht haben, eine unparteiische Untersuchung des Verhaltens der Polizisten abgelehnt wurde.

Die Abstimmung vom vergangenen Freitag hat ergeben, daß die Weber vorläufig nicht streiken.

Noch liegen keine näheren Angaben vor, ob und unter welchen Bedingungen Verhandlungen mit den Unternehmern aufgenommen werden. Da die vorhergehende Abstimmung Anfang Juni infolge mißverständlicher Fragen auf dem Abstimmungsformular kein klares Bild ergeben hatte — eine relativ kleine Zahl hatte für den Streik, aber eine relativ große gegen Verhandlungen gestimmt — so läßt sich nicht

Konjunkturpazifisten.

Vor kurzem sprach im Genfer Universitäts-Institut für Internationale Studien ERNST JÄCKH, der Präsident der deutschen Hochschule für Politik über die Politik Deutschlands im Völkerbund. Das Interesse der Deutschen wie der Nicht-Deutschen war groß; das zumeist aus Akademikern bestehende Publikum kargte nicht mit seinem Beifall.

JÄCKH wies nach, daß der Gedanke des Völkerbundes und des Schiedsgerichts ein deutscher (!) sei; er sprach von LESSING und KANT, erwähnte die Tatsache, daß NELSON sein Kolleg im Juli 1914 mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit eines Völkerbundes geschlossen hat, sprach von FRIED, von SCHÜCKING u. a., die schon während des Krieges das gefordert haben, was man heute so mühsam anstrebt. Aber eins hat er verschwiegen: daß diese Menschen im deutschen Volk von heute keinen Boden haben. Der Pazifist FOERSTER lobt im Exil, STRESEMANN hat ihn und den verdienten Pazifisten MERTENS hier in Genf „Lumpen“ genannt. Aber gerade diese Menschen sind Friedensfreunde aus innerster Überzeugung und nicht Konjunkturpazifisten wie die meisten heutigen Diplomaten. Sie haben immer Völkerverständigung gewollt, schon damals, als die Bestrebungen im Haag von deutscher Seite sabotiert wurden und das fatale Wort fiel: „Wir verlassen uns auf unser scharfes Schwert!“ Erst nachdem dieses Schwert zerbrochen ist, hat die Hochschule für Politik, in deren engem Rahmen die große Gestalt eines NELSON schwerlich Raum gefunden hätte, eingesehen, daß der Völkerbund nötig ist — weil Deutschland ihn braucht.

Sehr richtig sagte JÄCKH, Deutschland sei Objekt des Völkerbundes im ganz besonderen Sinn, es solle aber Subjekt werden. Es wäre heute Subjekt, wenn es im Haag eine andere Haltung eingenommen hätte; es könnte die Abrüstung mit viel größerem Recht fordern, wenn es nicht unangenehm selber die Parole ausgegeben hätte: „Wir halten unser Pulver trocken, unser Schwert geschliffen.“ „Der Hieb ist die beste Parade.“ Wenn man nur ausdrücklich abrücken wollte von dieser Haltung des kaiserlichen Deutschlands, aber man rückt ja statt dessen ausdrücklich zu ihr hin!

JÄCKH hielt sich für verpflichtet, den Konjunkturpazifisten STRESEMANN zu rechtfertigen, dessen Veröffentlichungen in Frankreich so viel böses Blut gemacht haben. STRESEMANN'S Hinneigung zum „Kronprinzen“ wurde mit seiner kleinstädtischen Abstammung begründet, die er nie habe überwinden können. Und doch war er ein so großer Staatsmann?

Auch für das neue deutsche Kabinett wußte JÄCKH eine Lanze zu brechen. Es sei konservativ-demokratisch, nicht aber sozialistisch. Wieder hatte er an der entscheidenden Tatsache vorbeigesehen, daß die Abstriche nicht beim Militärretat, sondern bei den sozialen „Lasten“ gemacht wurden, also bei den Aermosten, denen es nach Ansicht der Herren VON und ZU noch lange nicht schlecht genug geht. Aber außenpolitisch, versicherte JÄCKH, werde man die Linie BRÜNING innehalten. BRÜNING ist ja auch immer schon auf der Bahn der Reaktion gewesen.

Die Hauptbedeutung Deutschlands sah der Redner darin, daß Deutschland das Herz der Welt sei, allein imstande, Relationen herzustellen. „Relation“! Damit hat er die rettende Planke gefunden und schwamm lustig hinaus ins Uferlose. Seinen immer mehr in Entzückung geratenden Hörern erzählte er nun von Relativitätstheorie, Atomzertrümmerung, Quantentheorie, Psychoanalyse, atonalen Musik. — Das alles seien Relationen, mit denen Deutschland den Völkerbund herstellen würde, besonders wahrscheinlich mit der atonalen Musik.

Als ich aus dem heißen Raum hinaustrat in die nüchterne Stadt CALVINS, ging mir, in abgeänderter Form, ein bekanntes Zitat durch den Sinn: „Man spricht verführerisch viel um zu versagen.“ M. Gräthen.

Durch eine Explosion getötet wurde ein Arbeiter in der Salpeter-Rückgewinnungsanlage der AG für Stickstoffdünger in Knapsack bei Köln. Zwei andere Arbeiter wurden schwer verletzt.

sagen, ob die Kampfbereitschaft im Lauf dieser Wochen gestiegen ist.

Uns will scheinen, als ob das Wiederholen der Umfrage, das Hinauszögern einer offenen Entscheidung nur die Kräfte schwächt. Wie weit hier der Mangel einer entschlossenen Führung von Seiten der Gewerkschaft zu Tage tritt, wie weit die unsichere Haltung der Erwerbslosen, die geschwächte materielle Lage bei der Arbeiterschaft, die Machtmittel der Regierung auf die Entscheidung gedrückt haben — das übersehen wir noch nicht.

Wir haben im November 1930 den Berliner Metallarbeiterstreik erlebt, der eine unwiderbringliche Chance für einen Vorstoß der deutschen Arbeiterschaft verloren gehen ließ. Die Wirtschaftskrise hat auch in Großbritannien langsam ihr drohendes Gesicht enthüllt, der Angriff der Unternehmer, hinter denen die Nationale Regierung steht, wächst. Der Kampf der Arbeiter mit den Unternehmern in der englischen Baumwollindustrie zeigt viele verwandte Züge mit der damaligen Situation in Berlin.

Die Zeitschrift „ISK“ schrieb damals:

„Nur auf dem positiven Weg der Ueberwindung des Reformismus liegt der Ausweg aus dem heutigen Zustand der Schwäche der Arbeiterklasse. . . Anspruch auf Treue und Glauben hat die heute herrschende Klasse nicht.“

Was jetzt in Lancashire vorgeht, kann gleichfalls Reformismus sein und damit Verrat an der Kampfbereitschaft der Textilarbeiter. Ein englischer Genosse schrieb uns, daß viele mit der Streikerklärung rechneten, ja daß sie darauf hofften. Sein eigenes Urteil war: „Jedes Hinauszögern eines Streiks gefährdet den Ausgang in dem Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern.“ Wie wird das Urteil jetzt sein, nach dem das Abwarten und Verhandeln wieder die Oberhand gewonnen hat?

Gregor Straßer - Papens Hausdiener.

STRASSERS Geschäftsführung im Vorsitz des „Reichstagsausschusses zur Wahrung der Rechte der Volkvertretung“ entspricht der nationalsozialistischen Wertschätzung der Volkvertretung: nachdem LOBE nochmal an STRASSER geschrieben hat, um ihn zu einer Äußerung zu den verschiedenen Anträgen auf Einberufung des Ausschusses zu bewegen, hat die sozialdemokratische Fraktion am 27. Juni eine Antwort erhalten. STRASSER teilt darin mit, daß er sich mit den übrigen Mitgliedern in Verbindung gesetzt habe; denn nach dem sozialdemokratischen Antrag schiene ihm noch keine Mehrheit für die Einberufung des Ausschusses zu bestehen. In Wahrheit haben inzwischen auch KPD, Staatspartei und Zentrum die Einberufung des Ausschusses beantragt. Aber STRASSER erlaubt es sich, dies zu ignorieren und die am 27. Juni eingetroffene Antwort trägt das Datum vom 23. Juni!

STRASSER erweist sich in seinem Verhalten als ein treuer Helfer der PAPPEN-Regierung, die kein Interesse daran hat, vor dem 31. Juli noch über ihre Lausanne-Blamage und ähnliche Dinge interpelliert zu werden.

Deutsche Industrielle für den faschistischen Staat.

In Vorstandssitzungen des Deutschen und Preussischen Städtetages am 24. Juni wurde zur Kritik an der PAPPENschen Notverordnung unter anderem folgendes festgestellt:

1. Die Reichsregierung geht von Voraussetzungen aus, die nicht zutreffen. Die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen, die von der Reichsregierung im Jahresdurchschnitt 1932 mit 2,15 Millionen angenommen wird, ist zu gering geschätzt; sie beträgt heute bereits 2,25 Millionen.
2. Selbst nach den vorsichtigsten Schätzungen, die von amtlichen Stellen anerkannt sind, beträgt der voraussichtliche Fehlbetrag des laufenden Haushaltsjahres für die Gesamtheit der Gemeinden und Gemeindeverbände mindestens 750 Millionen Mark. Da die vorgesehene Reichshilfe um 450 Millionen Mark höher ist als im vorigen Haushaltsjahr, andererseits aber den Gemeinden infolge der Kürzung der Sozialrenten neue Belastungen zufallen, wird der voraussichtliche Fehlbetrag mindestens immer noch 350 Millionen Mark betragen.
3. Die Neuregelung der Arbeitslosenhilfe entspricht nicht den Grundsätzen einer sparsamen und einfachen Verwaltungsorganisation. Entgegen dem Vorschlag des Deutschen Städtetages und zahlreicher anderer Stellen ist eine Vereinheitlichung der Arbeitslosenhilfe nicht erfolgt. Die Dreiteilung in Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge und Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge ist aufrechterhalten worden. Es ist vorgesehen, daß in jedem einzelnen Fall der Arbeitslosenversicherung (von der siebenten Woche an) und der Krisenfürsorge die Gemeinde die Hilfsbedürftigkeit des Arbeitslosen zu prüfen hat. So werden

in Hunderttausenden von Fällen zwei Behörden nebeneinander tätig.

Dies führt zu den größten Verwaltungsschwierigkeiten. Da das Arbeitsamt selbständig die Hilfsbedürftigkeit zu prüfen hat, muß es einerseits auch in eine materielle Prüfung eintreten. Eine derartige Doppelarbeit ist überflüssig. Geradezu grotesk ist das Rechtsmittelverfahren geregelt. Der Arbeitslose hat das Recht, sowohl gegen das Gutachten der Gemeinde über die Hilfsbedürftigkeit als auch gegen die Entscheidung des Arbeitsamts Einspruch einzulegen, über den

zwei verschiedene Beschwerdestellen entscheiden.

Zwei Stellen sind auch dann beteiligt, wenn die Arbeitslosen infolge zu geringer Unterstützungen in der Versicherung und der Krisenfürsorge zusätzliche Gemeindeunterstützung erhalten müssen.

Kinderaustausch

Oschatz i. S. — Berlin vom 17. Juli bis 7. August. Meldet kostenlose Pflegestellen für Oschatzer Arbeiterkinder, sofort an: Internationale Hilfsvereinigung, Berlin SW 68, Wilhelmstraße 185.

Handelspolitiker am Pranger.

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Völkerbundes hat eine interessante Studie über die Bedingungen des internationalen Handels der Gegenwart herausgebracht, die mit nicht zu übertreffender Deutlichkeit erkennbar macht, wohin der autark gefärbte Protektionismus, der die heutigen handelspolitischen Maßnahmen fast aller Länder kennzeichnet, bisher geführt hat. Die chaotischen Verhältnisse der Weltwirtschaft können nicht besser illustriert werden als durch die Aufzählung der Maßnahmen der Länder, die durch letzten Endes vernichtende Maßnahmen glaubten, die Krise der Weltwirtschaft im eigenen Lande neutralisieren zu können. Die handelspolitische Abschnürungspolitik bediente sich neben dem Schutzzoll der verschiedensten Mittel.

Zur Außenhandelsregelung durch Devisenkontrolle griffen Deutschland, Oesterreich, Bulgarien, Dänemark, Estland, Griechenland, Ungarn, Lettland, Norwegen, Rumänien, Jugoslawien, die Tschechoslowakei und die Türkei.

Das Mittel der Einfuhrkontingentierung wurde angewandt von Deutschland, Oesterreich, Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Griechenland, Ungarn, Italien, Norwegen, Polen, Rumänien, der Schweiz und der Tschechoslowakei.

Lettland und die Türkei gingen zum Außenhandelsmonopol über.

Warentauschabkommen wurden getroffen zwischen Deutschland und Ungarn; Oesterreich und Rumänien; Bulgarien und Griechenland; Bulgarien und der Schweiz; Frankreich und Lettland; Norwegen und Sowjetrußland; Polen und Oesterreich, Ungarn und Bulgarien, Estland und Jugoslawien.

Zum Zahlungsverkehr gelangte Oesterreich mit Deutschland, Frankreich, Ungarn, Italien, Holland, der Schweiz und Jugoslawien; Ungarn mit Deutschland, Oester-

reich, Belgien, Frankreich, Italien und der Schweiz. Frankreich hat solche Abkommen mit Estland und Lettland, die Schweiz mit Jugoslawien.

Angesichts dieser handelspolitischen Hemmnisse und Erschwerungen, deren Ursache überwiegend in den krisenhaften Kredit- und Verhältnissen zu finden ist, ist es kein Wunder, daß der Welthandel von Monat zu Monat weiter zusammenschrumpft. Als ein Maßstab kann die Tatsache dienen, daß im ersten Vierteljahr 1932 der Weltexport an Industrieerzeugnissen um 24 Prozent zurückgegangen ist.

Die durch den Wirrwarr der handelspolitischen Maßnahmen verschärfte Krise hat es bereits zuwege gebracht, daß, im Januar 1932 verglichen mit den Ergebnissen vom Januar 1930,

der Export in einzelnen Ländern bis zu 70 Prozent zurückgegangen

ist, so in Spanien und Ungarn. Jugoslawien verzeichnet 65 Prozent Rückgang, die Vereinigten Staaten von Nordamerika 63 Prozent. Rund die Hälfte und mehr Ausfuhr einbuße hatten Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Polen, die Schweiz, die Tschechoslowakei, Kanada, Japan und die Südafrikanische Union.

Entsprechend groß sind die Einfuhreinschränkungen, bei denen innerhalb dieser beiden Jahre

Deutschland mit 66 Prozent Importrückgang den Rekord hält.

Mit rund 60 Prozent und mehr Importdrosselung folgen dicht auf Spanien Ungarn, Polen, Rumänien, Jugoslawien, die Vereinigten Staaten und Kanada.

Das Ansteigen der Weltarbeitslosigkeit von 15 auf fast 30 Millionen findet darin mit seiner Erklärung.

(Aus den Presseberichten des I.G.B.)

Devisengesetzgebung vielseitig verwendbar.

„Ein heimtückisches Instrument.“

Bei einem Zeitungsstreit zwischen der in Berlin erscheinenden Zeitung „Industrie und Handel“ und der „Neuen Zürcher Zeitung“ wird wieder einmal deutlich, daß die deutsche Devisengesetzgebung verwickelt, ja geradezu Gegenstand einer Geheimwissenschaft ist. Die Handelsredaktion der „Neuen Zürcher Zeitung“ hatte manche Bestimmungen falsch verstanden und darauf unrichtige Vorwürfe aufgebaut. Sie gibt anständiger Weise öffentlich zu, daß sie sich geirrt hat, daß sie ihre erste Behauptung, die Deutschen bezahlten Schweizer Warenlieferungen nur zu 25 Prozent und blieben den Rest schuldig, nicht aufrecht erhalten könne.

„Industrie und Handel“ hatte geantwortet: „Tatsächlich kann nämlich eine Einfuhr nach Deutschland über das Maß der Devisenquoten hinaus überhaupt nicht stattfinden (es sei denn, daß Kredite vereinbart werden).“

Darauf entgegnet die „Neue Zürcher Zeitung“: „Dieser Nachsatz wäre zutreffender ohne Klammern beigefügt worden und noch besser in der Formulierung: es sei denn, daß es dem deutschen Abnehmer gelingt, durch die Devisenbewirtschaftung Kredite zu erzwingen. Allein die deutsche Zeitung fährt sofort weiter und erklärt unbedenklich: Die Waren jedoch, die zur Einfuhr gelangen, werden auch voll bezahlt. Wer bei uns auch nur die bescheidensten Erfahrungen über die Absatz- und Zahlungsverhältnisse in Deutschland hat, braucht keinen Kommentar zu solchen Auslassungen. Es genügt, festzustellen, daß eine Zeitung in der Tschechoslowakei, in Griechenland, in der Türkei oder in Persien einen solchen Anspruch mit mehr Recht hätte wagen können, weil in diesen Ländern heute tatsächlich nur so viel Waren hereingelassen werden, als auch bezahlt werden können. . . . Ursprünglich eine sehr wohl begriffliche Maßnahme zum Schutze der Währung, ist die Devisenbewirtschaftung in Deutschland immer mehr zu einem heimtückischen Instrument der Handelspolitik und in der letzten Zeit obendrein auch noch der Kreditpolitik geworden. Es werden nämlich immer mehr Anstrengungen gemacht, diese eingefrorenen Exportguthaben zur Ablösung von Hypotheken oder gar zur Finanzierung der deutschen Ausfuhr heranzuziehen.“

Dieses Verfahren wird, soweit es angewandt wird, besonders stark dazu beitragen, die Deutschen im Ausland beliebt

zu machen! Man bedenke: Schweizer Exporteure bekommen ihre Bezahlung aus Deutschland nicht herein wegen der deutschen Devisengesetzgebung. Diese geschädigten Exporteure werden dann mehr oder weniger höflich eingeladen, ihre in Deutschland festgefrorenen Guthaben den deutschen Konkurrenten zur Finanzierung von deren Ausfuhrgeschäften zur Verfügung zu stellen. Erpreßter Kredit soll also verwandt werden zur Stärkung der Konkurrenten, damit diese ihren Abnehmern leichter Kredit geben können.

Man sieht, welche ungeahnten Möglichkeiten die staatliche Devisenzwangswirtschaft eröffnet. Das Urteil der Schweizer Zeitung ist völlig richtig: Sie ist ein heimtückisches Instrument!

„Autarkie“-Fieber.

Die „Münchener Illustrierte Presse“ veröffentlichte vor einiger Zeit Plakatliteratur aus aller Herren Länder. Die mehr oder weniger schönen Bilder sind zwar verschieden und ebenso die Sprachen. Die Forderungen dagegen sind überall dieselben, nämlich: nur die „als beste bekannten“ (jeweiligen!) heimischen Erzeugnisse zu bevorzugen gegenüber allen ausländischen Waren. Wirklich einmal eine gemeinsame Parole in England, Frankreich, Dänemark, Italien, Ungarn, Oesterreich, Griechenland, Finnland, der Schweiz und Deutschland. Gemeinsamkeit in der Verneinung, im Kampf gegen die (jeweiligen) ausländischen Waren!

Den Vogel schießt dabei zweifellos das kleine Liechtenstein, das folgendermaßen plakatiert:

Liechtensteiner
kauft im Inlande.
Stärkt die wirtschaftliche Lage.
Einigkeit macht stark!
Warum denn immer in die Ferne!

Dieses „Inland“ umfaßt genau 159 Quadratkilometer. Die Bevölkerung, die durch Einigkeit stark gemacht werden soll, beträgt rund 10 000 Personen. Eine beschränkte Kirchturnpolitik ist kaum noch möglich!

R. H.

Freihandel, — die Sache der Arbeiter.

Unter dieser Ueberschrift erschien soeben in London in englischer Sprache eine Broschüre unseres Mitarbeiters GERHARD KUMLEBEN („The Workers' Case for Free Trade“, International Publishing Co., London 1932. 20 Seiten. 2 d.)

KUMLEBEN greift die englische Schutzzollpolitik scharf an, die in einem Augenblick eingesetzt hat, in dem alle Staaten auf dem Sprung waren, jede solche Maßnahme sofort durch eigene Sperrmaßnahmen zu beantworten, in der insbesondere die Lage in Deutschland so war, daß jeder weitere Stoß zur Katastrophe führen konnte.

Die Krise wird verschärft durch Maßnahmen, die die Massenkaufrkraft beschneiden. Daher steht im Mittelpunkt der Untersuchungen die Frage, ob die Massenkaufrkraft durch die englische Schutzzollpolitik beschnitten wird. — Das Ergebnis der Untersuchung für England: Auf die Dauer gesehen, werden englische Arbeiter die Zollpolitik bezahlen durch größere Arbeitslosigkeit und höhere Lebenshaltungskosten.

Die Frage wird aber außerdem und besonders eindringlich international gestellt: Wie wird — international gesehen — die Kaufrkraft durch Einführung der englischen Zölle verlagert? — Die Massenkaufrkraft wird gerade dort geschwächt, wo sie bereits sehr tief steht. Getroffen werden besonders die Arbeiter der deutschen Exportindustrien, ferner in Frankreich, dem anderen Hauptlieferanten Englands, die ausländischen Arbeiter, die durch Sperrung der englischen Grenzen gegenüber französischen Waren aus den französischen Grenzen vertrieben werden.

Welche Verantwortung englische Arbeiter auf sich nehmen, die Schutzzölle gefordert haben oder auch nur dulden, zeigen die ersten Fragen, die KUMLEBEN stellt: Wollen sie die Verantwortung übernehmen für Errichtung einer faschistischen Herrschaft in einem Deutschland, das zur Verzweiflung getrieben ist? Wollen sie auf sich nehmen den Hungertod der polnischen Arbeiterfamilien, die in ihre Heimat zurückgeschickt werden, ohne Geld und ohne Hoffnung auf Arbeit? Oder den Abtransport italienischer Flüchtlinge, die zurückgezwungen werden in die Klauen von MUSSOLINI?

Unter diesen Gesichtspunkten sollten die Arbeiter in England, in allen Ländern, Wirtschaftspolitik treiben. Sie sind leider im Nebel des Nationalismus zum großen Teil weit entfernt davon, es zu tun. Um so wichtiger, daß diese Schrift Verbreitung findet.

(Deutsche Interessenten können die Schrift unter Voreinsendung von 30 Pfennig beim Verlag des „Funkens“ bestellen.)

Rpt.

DEUTSCHLAND

Deutsch-dänische Wirtschaftsvereinigung: Unter diesem Namen hat sich eine größere Reihe deutscher Industriefirmen zusammengeschlossen, um ihre Exportinteressen gemeinsam zu vertreten, die durch die Butterzollpolitik geschädigt worden sind. — Es bilden sich immer neue „Interessentenhaufen“.

UNGARN

Mehl gegen Papier: Die Nationalbank hat die Ausfuhr von 100 Waggon Mehl nach Norwegen gestattet und die Einfuhr der entsprechenden Menge Rotationspapier aus Norwegen. — Wenn die Notenbanken sich um ihr eigentliches Geschäft früher besser gekümmert hätten, brauchten sie jetzt nicht zu Mehl- und Papierhändlern zu werden!

ITALIEN

Schwere Kraftwagen subventioniert. Warum? Ein neues Gesetz ordnet an: Schwere Kraftwagen sind für drei Jahre steuerfrei. Das Kriegsministerium darf Militärlastkraftwagen zu Vorzugspreisen an Privatspersonen abgeben, „um den Lastkraftwagenverkehr im Lande zu heben“. Das sieht in der Praxis so aus: Fast neue Lastkraftwagen werden gegen monatliche Ratenzahlungen von 500 Lire (rund 100 Mark!) verkauft, Kosten für Eintragung, Haftpflicht und Feuerversicherung eingeschlossen. — Das Subventionierungsgesetz wurde vom Kriegsminister eingebracht. Das Ziel ist völlig eindeutig: Kriegsrüstung!

Eine Buchbesprechung zur Warnung für Neugierige.

Dr. ALFRED PFAFF: „Weg zur Brechung der Zinsknechtschaft.“ Deutscher Volksverlag. Dr. E. BOEPFLE, München. 48 Seiten. 70 Pfennige.

Wer diese nationalsozialistische Schrift liest in der Annahme, es wäre ihm vielleicht doch möglich, durch Lektüre Aufschluß darüber zu erhalten, wie die Brechung der Zinsknechtschaft erfolgen kann, wird ebenso enttäuscht wie durch die Lektüre anderer Schriften zu diesem Gegenstand. Er kann nur lernen, daß die Nationalsozialisten mit der Annäherung an die erhoffte Machtergreifung geldtheoretisch nichts hinzu gelernt haben: weder in bezug auf die Deckung der Währung, noch in bezug auf die Geheimnisse des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Wenn es also von diesen Wirtschaftspolitikern abhinge, würde der Leidensweg der deutschen Wirtschaft unter ihrer Herrschaft erst beginnen. Doch ist ja wohl klar, daß dann andere Kreise als die NS-Agitatoren die Wirtschaftspolitik und den Leidensweg der Arbeiterschaft bestimmen werden.

Wie krampfhaft Währungspolitiker nach Möglichkeiten suchen, die Vermehrung des Geldumlaufs irgendwie mit einer „Deckung“ zu versehen, mag folgender Vorschlag zeigen: Als Gegenleistung für den Erlaß der Hauszinssteuer soll für den Staat auf allen Wohngrundstücken eine Hypothek eingetragen werden in zehnfacher Höhe der jährlich fälligen Hauszinssteuer. Der Staat soll in oben dieser Höhe die ersten Hypotheken zum Teil ablösen und den Gläubigern der ersten Hypotheken die betreffenden Beträge in Banknoten auszahlen. Die Hoffnung ist: dieses Geld werde dann nach Konsum- und Kapitalgütern nachfragen! Natürlich wird es das und wird für gehörige Preissteigerungen sorgen; die kunstvollste „Deckung“ wird es daran nicht im geringsten hindern!

Geradezu ein Muster für Vogel-Strauß-Politik auf dem Gebiete der Währung ist der folgende Vorschlag: PFAFF möchte den Wechselumlauf auf große Wechsel über 1000 Mark beschränkt sehen. Zur Befriedigung desjenigen Kreditbedarfs, der bisher durch Wechsel unter 1000 Mark befriedigt wurde, schlägt PFAFF den folgenden Weg vor:

1. Das Reich gibt den Kreditsuchenden unverzinsliche Reichsschatzwechsel (zum Beispiel also in Höhe von 500 Mark).

2. Die Kreditsuchenden geben die Reichsschatzwechsel an Darlehenskassen, die die Reichsschatzwechsel in voller Höhe beleihen und dafür Darlehenskassenscheine ausstatten (in unserem Fall also 500 Mark).

3. Diese Darlehenskassenscheine sollen aber nicht in Umlauf gesetzt, sondern auf die Reichsbank gebracht werden als Unterlage für die Ausgabe von Reichsbanknoten (offenbar für 500 Mark!).

Wenn man schon den Staat Geld „schöpfen“ lassen will, kann man das doch auch einfacher machen: durch Ausgabe von staatlichem Papiergeld. Der Umweg über drei Instanzen dient nur der Beschäftigung von Angestellten, Papier- und Druckerei-Arbeitern und — darauf kommt es natürlich besonders an! — zur Verschleierung.

Manches liest sich, als ob Kinder ohne jede Ahnung vom Wirtschaftsleben Vorschläge machten: PFAFF möchte den „Unfug“ vermeiden, daß der Besitzer von 51 Prozent der Aktien allen übrigen Beteiligten seinen Willen aufzwingen kann. Er will diese Möglichkeit ausschließen durch die Bestimmung, daß kein Aktien-Inhaber berechtigt sein soll, mehr als ein Fünftel aller abzugebenden Stimmen zu vertreten. Als ob sich nicht drei Personen über die Vertretung von drei Fünfteln der Stimmen verständigen könnten!

Die Brechung der Zinsknechtschaft soll unter anderem so aussehen: Alle Inhaber von Aktien erhalten gleich viel Dividende; sie sollen nicht mehr Aktionäre der einzelnen Aktiengesellschaften sein, die nach wie vor verschieden hohe

Dividenden verteilen, sondern Aktionäre einer Dachgesellschaft: der „deutschen Volkswirtschafts-A.-G.“ (Die Forderung der Einheits-Aktie vertrat vor kurzem auch der nationalsozialistische „Wirtschaftspolitiker“ REUPKE in einem Vortrag vor der Deutschen Handelskammer in Zürich.) — Dr. PFAFF stellt sich immerhin die Frage, ob denn die Leiter der Aktiengesellschaften nach Schaffung der Einheits-Aktie noch daran interessiert sein werden, hohe Gewinne zu erzielen. Er meint: Wenn sie niedrige Gewinne erzielen, würde das ja gar nichts schaden; denn das komme „praktisch darin zur Auswirkung, daß die Erzeugnisse des Werkes möglichst billig auf den Markt gebracht werden, und daß weiterhin trotzdem erzielte Ueberschüsse zur Verbesserung des Werkes und seiner sozialen Einrichtungen verwendet werden“. (Seite 37.) — Als wenn die praktische Auswirkung nicht auch die sein könnte, daß viele Beamte beschäftigt werden, daß der Betrieb unrationell geleitet wird, daß hohe Direktorengehälter bezahlt werden, teils offen, teils versteckt über „Unkostenkonto“!

Die Direktoren der Aktiengesellschaften sollen befreit werden von dem aus persönlicher Gewinnsucht veranlaßten Druck, möglichst billig zu wirtschaften. Was sie dann tun, hängt von ihrer Erziehung ab. Die Lösung der Erziehungsfrage kann dadurch erleichtert werden, daß eine von der Gewinnhöhe abhängige Gewinnbeteiligung für Direktoren, Angestellte und Verantwortung tragende Arbeiter ausgeschüttet wird. (Seite 40.) — Damit wären wir also wieder beim alten Druck angelangt, der zehn Zeilen vorher abgetan schien.

Dieses Gemisch aus völligem Unsinn und mißverständlichen Gedankengängen von Anhängern der Marktwirtschaft und der Planwirtschaft wird in Tausenden von Exemplaren gekauft und gelesen; verstanden werden kann es von niemandem. Weil das allgemein so ist in der nationalsozialistischen Wirtschaftsliteratur, sei diese eine Probe benutzt zur Warnung für Neugierige.

Hellmut Rauschenplat.